Österreichs Zeitung zu Steuer, Recht und Wirtschaft

# Lexpress

DIE KMU-ZEITUNG

NR. 78 Juli 2012

Lexpress bietet der Geschäftsführung heimischer KMU aktuellste Informationen zu Steuer, Recht und Wirtschaft

## INHALT:

**Arbeitsmarkt und Wirtschaft**
Österreichs Realwirtschaft: Im Wettbewerb um Fachkräfte und um Kapital für Investitionen. Seite 2

**STEUER & RECHT**

**Privatstiftungsrecht**
Strafrechtliche Haftung von Mitgliedern des Stiftungsvorstands. Seite 4

**Immobilien**
Immobilienertragsteuer für „Neu- und Altvermögen“. Seite 4

**Versicherungsvertragsrecht**
Bedingungsloses Rücktrittsrecht für Versicherungsnehmer. Seite 6

**Unternehmensrecht**
Mediengesetz-Novelle: Verschärfung der Offenlegungspflichten. Seite 6

**Steuerabkommen CH-A**
Legalisierung von Schwarzgeld geregelt. Seite 7

**WIRTSCHAFT**

**KMU-Innovationsreport**
Oberösterreich: Jungunternehmer sind innovativ, schaffen Jobs und verändern eingefahrene Strukturen. Seite 9

**Überlegungen zum Sozialstaat**
„Intelligent sparen UND in die Zukunft investieren“. Seite 10

**Qualität im Unternehmen**
Qualitätssicherung und –management sind betriebliche Stresslöser. Seite 11

**25 Jahre Telekom-Liberalisierung**
„Der verlorene Sex-Appeal“ – ein Kommentar von Michael Sprinzl. Seite 12

**KMU-Stresstest**
Ausführliche Bilanzen und Risikoszenarien schaffen Finanzierungsvorteile. Seite 13

**Prämien-Check**
Erhebliche Preisdifferenzen bei KFZ-Versicherungen für KMU: Der unabhängige Vergleich macht sicher. Seite 14

Impressum Seite 2

## IM BLICKPUNKT

**Wirtschaftsregion Nord**

**Niederösterreichs Wirtschaft „boomt“.**
Dank exportorientierter Sachgüterproduktion wurde 2011 ein Real-Wirtschaftswachstum von 3,8% erzielt. Seite 16

**„Boom-Town“ im Marchfeld**
Stärkste Zuwanderung in Gänserndorf.

**Biogas-Pionier startet weltweit durch.**
Ständiges Wachstum der Himmel GmbH.

**Innovative Kräuter-Produktion.**
50 verschiedene Kräuter aus Schrems.

**Maßmöbel aus Teilstücken.**
Stöckl baut und montiert alles zusammen.

Lexpress. Die KMU-Zeitung.
Österreichs Zeitung zu Steuer, Recht und Wirtschaft
Einzelpreis: EUR 4,90 / 12 Ausg.: EUR 49,00
abo@lex-press.at
www.lex-press.at

P.b.b. Verlagspostamt 1220 Wien GZ 06Z037023 W

# Die besten Köpfe braucht das Land

Foto: ixello.de

40 PROZENT DER ÖSTERREICHISCHEN BETRIEBE ORTEN FEHLENDEN NACHWUCHS

**Die Besetzung offener Stellen wird auch in Zukunft nicht einfacher, besagt eine aktuelle Studie von Manpower. Ein sattes Drittel der befragten Unternehmen klagt über die „Nichtverfügbarkeit von Qualifikationen“, etwa bei Facharbeitern, Ingenieuren, IT-Mitarbeitern, aber auch bei Managern.**

Die Schwierigkeiten steigen mit dem Grad der Qualifizierung und Führungsaufgaben. „Bislang hat sich die österreichische Zuwanderungspolitik mit Familienzusammenführung und Flüchtlingsaufnahme begnügt. An intelligentem Zuwachs bestand bislang kein Bedarf“, so Prof. Dr. Bernhard Felderer, Doyen der österreichischen Volkswirtschaftslehre. ⇨ Seite 2

## MOBILITY-STRATEGIE

Foto: Thomas Preiss

### Mobile Mängel

„Die große Bedeutung von *mobility* ist bei vielen Betrieben noch nicht angekommen“ *S8*

*Norbert Haslacher*

## ARBEITSMARKT

Foto: IHS

### Was Österreich braucht?

„Das Verständnis um den globalen Wettbewerb der besten Köpfe“ *S2*

*Bernhard Felderer*

## LIQUIDITÄTSREPORT

Foto: PwC Österreich/APA-Fotoservice/Rastegar

### Cash auf Rekordniveau

„Österreichische Leitbetriebe setzen lieber auf Bargeldreserven, als auf Investitionen“ *S15*

*Jörg Busch*

**KFZ-Business Leasing.**
Die Finanzierungs-Alternative für Ihr Unternehmen.
SCHNELLER BEIM KUNDEN
www.leasing.at
BAWAG PSK Leasing

qualityaustria
Erfolg mit Qualität
www.qualityaustria.com

Lexpress. Die KMU-Zeitung.
Vorsprung durch Wissen: Das Lexpress - Abonnement
12 Ausgaben für nur 49,- Euro
abo@lex-press.at
Fax: +43-(0)1-890 13 16 - 0

WENN'S WIRKLICH WICHTIG IST, DANN LIEBER MIT DER POST.
Post
www.post.at

KMU-INSOLVENZRADAR
Der kostenlose Insolvenzradar
www.creditreform.at

Bank Austria
UniCredit Group
www.von-anfang-an.at

KMU gemeinsam stark.
www.kmu-plattform.eu

## ZITAT

„Heutzutage kennen die Leute vor allem den Preis und nicht den Wert.
Ich bin zu arm, als dass ich mir Billiges leisten könnte.“

*Oscar Wilde, 1854-1900*

STEUERBERATUNG
**ROYAL Wirtschaftsprüfung & Steuerberatung GmbH**
Gudrunstraße 141, A-1100 Wien
Tel.: +43 1 602 51 51 - 0
E-Mail: office@royal.co.at
www.royal.co.at
ROYAL
WIRTSCHAFTSPRÜFUNG & STEUERBERATUNG GMBH

VAV VERSICHERUNGEN
www.vav.at

# Im Wettbewerb um Fachkräfte

**Die Resultate aus der Finanzkrise für die Realwirtschaft: Das Risk-Management entscheidet die Kreditvergabe. Unternehmen benötigen zur Finanzierung ihrer Investitionen wesentlich mehr Eigenkapital. Die Tendenz geht vom Fremdkapital zum Private-Equity-Kapital. Das größte Problem für Betriebe in Österreich ist aber der Mangel an Fachkräften. Professor Dr. Bernhard Felderer, Doyen der heimischen Volkswirtschaftslehre und der Wirtschaftsforschung und ehemalige Direktor des IHS, erläutert im Gespräch mit Lexpress die Lage österreichischer Unternehmen – insbesondere im finanziellen Spielfeld Europas.**

Foto: Bildagentur Zolles KG-Jacqueline Godany

**Prof. Dr. Bernhard Felderer –** Chef des IHS (Institut für höhere Studien) bis Ende Mai 2012, Vorsitzender des österreichischen Staatsschuldenausschusses

**Lexpress:** *Die Wahlen in Frankreich und nun in Griechenland beschäftigen Analysten, Risk-Manager und Medien gleichermaßen. Sind die Ergebnisse tatsächlich auch relevant für Österreich, ist der heimische Mittelstand davon betroffen?*

**Bernhard Felderer:** „Das spüren zunächst exportorientierte Länder. In Deutschland ist ein klarer Exportrückgang in Mai 2012 zu verzeichnen. Dies steht sehr wohl im Zusammenhang mit den Wahlen in Frankreich und in Griechenland und der daraus in Europa entstandenen Stimmung. Die Finanzmärkte haben klar signalisiert, dass sie die neuen europäischen Tendenzen, die Sparprogramme in Frage zu stellen, nicht schätzen. Italien und Spanien haben Zinserhöhungen hinnehmen müssen.

Natürlich ist von der politischen Ausrichtung Frankreichs oder Griechenlands auch Österreich betroffen. Die Nachfrage nach sicheren Aktiva wendet sich in Richtung sichere Staatsanleihen, davon profitieren Deutschland und Österreich. Beide Länder erfreuen sich am historisch niedrigsten Zinssatz zur Finanzierung der Staatsschulden, während andererseits die Zinsen in Südeuropa ab diesen Wahlen gestiegen sind. Auch die spanische Bankenkrise hat wesentlich zur Unruhe an den Märkten beigetragen.

*Noch im März 2012 war die Stimmung an den Finanzmärkten angesichts der europäischen Konjunktur zuversichtlich. Und dann geschah Unvorhersehbares?*

**Bernhard Felderer:** „Der Konjunkturaufschwung in Deutschland hat eindeutig Vitalität gezeigt, selbst die österreichische Wirtschaft hat tendenziell positiv gewirkt. Inzwischen sind allerdings erste Anzeichen einer Abschwächung von Auftragseingängen zu beobachten. Voraussichtlich wird die Unsicherheit auf den Finanzmärkten wieder einmal die Realwirtschaft dämpfen. Ende 2008 erlebte Europa den massivsten Einbruch der Realwirtschaft bzw die schärfste Rezession der Nachkriegszeit – als Konsequenz auf die Stimmung der Finanzmärkte. Nun ist die Krise gut 5 Jahre alt, und keine Aussicht auf baldige Lösung. Große Krisen, unter Beteiligung der Finanzmärkte, haben stets 5 bis 10 Jahre angedauert."

*Wo sehen Sie die akuten „Brandherde" in Europa?*

**Bernhard Felderer:** „Die Krise in Spanien zeigt, dass Banken, welche sich zB in Immobilienfinanzierung hinein wagen, schnell in Schieflage geraten können. Das betrifft besonders die 'Bankia', ein zusammengeschlossenes Institut aus kleinen Sparkassen, mittlerweile aufgefangen durch den spanischen Staat. Das Finanzieren von Immobilien war in Spanien früher ein gutes Geschäft mit starker Nachfrage, jetzt spricht man von hunderttausenden von Projekten, welche nicht mehr verkäuflich sind und selbst bei niedrigerem Wert nicht mehr verkäuflich sein werden. Die Bank hat zu lange gezögert, die reale Situation in ihre Bücher aufzunehmen, nämlich für die bestehenden Immobilienkredite die nötigen Abschreibungen zu akzeptieren. Der Wunsch der Banken wäre gewesen, eine Bad Bank zu gründen – die spanische Regierung hat dem nicht zugestimmt."

*Seit Beginn der Krise im Finanzsektor haben sich die wesentlichen Faktoren zur Bankenregulierung nicht geändert. Es werden weiter Leerverkäufe getätigt, es wird mit Short-Futures gehandelt, auch das breite CDS-Programm bleibt unreguliert.*

**Bernhard Felderer:** „Das ist so nicht richtig. Die Bankenregulierung ist sehr rasch voran getrieben worden. Das Kernproblem lag im mangelnden Eigenkapital der Banken, ein Problem welches vom Baseler Ausschuss als Konsortium der weltwichtigsten Industrienationen nun in Form von Basel 3 in Angriff genommen worden ist. Die Termine zu den Eigenkapitalvorgaben sind Ende 2011 festgesetzt worden. Unter anderem verlangen die Richtlinien eine 7%-Eigenkapitalquote, bezogen auf die risikogewichteten Aktiva. In Österreich haben die großen Banken diese Marke schon erreicht, die Regierung hat den Banken weitere 1,5% an Eigenkapital bis Ende 2013 abverlangt. Die Europäische Bankenaufsicht forderte von den rund 70 System-Banken Europas insgesamt 9% reines Eigenkapital (Bargeld, Aktien, …), das bis Ende Juni 2012 vorzuweisen ist. Unter diesen Aspekten ist es nahezu ein Wunder, dass die Kreditklemme nicht größer geworden ist, als sie es nun ist. Und freilich betrifft das die Realwirtschaft. Der Unternehmer, der eine Werkshalle bauen möchte, benötigt nun wesentlich mehr Eigenkapital als vor der Krise.

*Wenn nun der Zinssatz für das zu verleihende Geld für die Banken „passt" – und der Leitzinssatz der EZB in der Refinanzierungsfazilität liegt derzeit bei 1% – sollte die Kreditwirtschaft doch florieren?*

**Bernhard Felderer:** „Um die Zinsen geht es in erster Linie nicht. Das 'Sagen' in den Banken haben die Risk-Manager. Worum geht es den Banken? Das Management versucht Aktiva mit hohem Risiko zu vermeiden bzw zu verkaufen. Wenn der Hotelier ausbauen möchte und 40% Eigenkapital aufweist, dann wird die Bank wohl zustimmen. Das hat aber kaum jemand. Wenn der Unternehmer eine Werkshalle bauen möchte und 50.000 Euro Kapital besitzt, wird er ausgelacht. Es gibt also vulgo keine Kreditklemme, vielmehr ist es eine Umstellung auf mehr Eigenkapital.

Diese Umstellung wird auch die österreichische KMU-Landschaft erleben müssen. Der Unternehmer wird sich überlegen müssen einen finanzkräftigen Partner zu beteiligen. Das kann ein von der Bank vermittelter Kapitalgeber im Private Equity-Sektor sein, im Gegenzug erhält dieser einen Teil des Unternehmens und des Gewinns. Diese Vorgehensweise ist bei uns wenig gebräuchlich, vor allem wurde und wird auf Fremdkapital gesetzt. Investitionen erfordern auch Fremdkapital. Ohne Fremdkapital gibt es kein optimales Wachstum. Die Gewinne könnten gar nicht groß genug sein, um Investitionen nur aus Eigenmitteln zu finanzieren. Das Kreditvolumen beginnt ja wieder leicht zu wachsen."

*Neben der Finanzierungsform ist auch das Haftungsrisiko ein Kriterium – und CDS (credit default swaps) sind in einen schlechten Ruf geraten.*

**Bernhard Felderer:** „Gott sei Dank gibt es CDS. Ohne CDS könnten zB Anlagenbauer nicht mehr exportieren. Das Risiko, dass ein serbischer, ukrainischer oder italienischer Klient nicht zahlt, ist definitiv größer als je zuvor. Im Regelfall erhält man eine kleine Anzahlung, Restbeträge zwischendurch. Ein Zahlungsausfall könnte die Pleite bedeuten. CDS sind ja eine Kreditversicherung, welche die Realwirtschaft dringend benötigt. Schwieriger zu beurteilen sind CDS-Abschlüsse ohne die jeweiligen Wertpapiere überhaupt in Besitz zu haben. Im CDS-Bereich sind Regulierungen sehr kompliziert. Jedenfalls wäre eine allgemeine Einschränkung derivativer Finanzgeschäfte fatal für die Realwirtschaft.

Gerade aber in Österreich, wo das allgemeine Wirtschaftsverständnis eher gering ist, sollten als spekulativ betrachtete Finanzgeschäfte wie Optionen, CDS, etc. überdacht werden. Es ist überaus wichtig, dass zB eine Gesellschaft wie die AUA weiß, was Kerosin in einem Jahr kosten wird. Der Treibstoff wird zu einem bestimmten Kaufpreis angeboten, der tatsächliche Marktpreis in 1 Jahr ist ja nicht bekannt. Natürlich ist das ein Risiko für die Verkäufer und natürlich kann man damit Geld verdienen, aber auch verlieren. Unter Umständen wird dieses Risiko auch weiterverkauft bzw aufgeteilt. Ohne derivaten Markt müsste die Fluggesellschaft aus Gründer der Vorsicht mit hohen Preisen kalkulieren. Grundsätzlich ist doch alles, was jetzt gekauft und später verkauft wird, spekulativ und Kerngeschäft des Kaufmanns."

*Wo endet „vernünftige" Spekulation?*

**Bernhard Felderer:** „Verantwortungslose Spekulation ist in den meisten Fällen durch die Krise aufgedeckt worden. Ein Beispiel wäre die österreichische Kommunalkredit. Es wurden Verpflichtungen aus credit default swaps übernommen, heißt, es wurde garantiert, dass andere den festgesetzten Preis für Lieferungen auch tatsächlich erhalten. Allerdings hat die Kommunalkredit diese Geschäfte getätigt ohne im Fall des „Nicht-Zahlens" über die jeweils erforderliche Kapitalausstattung zu verfügen. Wenn nun aber Großbanken in London oder in den USA solche CDS-Zusagen machen, stellt das eine sehr wichtige Aktivität dar. Mittlerweile würden die Regulierungen auch die Kommunalkredit an solchen Geschäften hindern."

*Wenn nun eine Großbank in „Schieflage" gerät kann durch die Aufteilung der Risiken der Schaden weltweit Kreise ziehen?*

**Bernhard Felderer:** „Wir haben keine weltweiten, lediglich nationale Bankenaufsichten. Das amerikanische System mit „Der Markt wird das schon regeln" war das lockerste von allen. Auf den Markt kann bei einem Bankencrash allerdings nicht vertraut werden, da lediglich die Eigentümer in Konkurs geschickt werden können. Die Bank muss ab einer gewissen Größe dann vom Staat aufgefangen werden."

*Ein „System"-Blick auf Griechenland. Billionen von Euro wollen in den Rettungstransport gepackt werden. Was ist denn eigentlich aus der „No-Bail-out"-Regulierung geworden?*

**Bernhard Felderer:** „Diese Regelung war ein Teil des Stabilitätspaktes, den alle Mitglieder der europäischen Währungsunion unterzeichnet haben – zwecks Verhinderung einer solchen derzeitigen Situation.

Glossar EU-STABILITÄTSMECHANISMEN

## Das „Sixpack" der EU

**Sechs europäische Gesetzgebungsmaßnahmen, entwickelt zur Reformie--rung des Stabilitäts- und Wachstumpaktes, sowie zur gesamtwirtschaftlichen Überwachung. Sie wurden in den Verhandlungen zwischen dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament gebündelt. Der Sixpack trat am 13. Dezember 2011 in Kraft.**

Vier der sechs Rechtsakte dienen der Reform des Stabilitäts- und Wachstumpaktes der EU. Darin wurden Referenzwerte für das jährliche öffentliche Defizit (3% des Bruttoinlandsprodukts BIP) und für die Bruttoschuldenquote (60% des BIP) festgelegt. Falls diese Vorgaben nicht eingehalten werden, wird das sogenannte „Verfahren bei übermäßigem Defizit" (VÜD) eingeleitet.

In den mit dem Sixpack reformierten Vorschriften wird stärkeres Gewicht auf den Abbau des öffentlichen Defizits gelegt. Mitgliedstaaten mit einer Schuldenquote von mehr als 60% des BIP werden verpflichtet, diesen zu verringern, und zwar auch dann, wenn ihr jährliches öffentliches Defizit unter dem Referenzwert von 3% des BIP liegt.

Zur Durchsetzung der Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets greifen die Sanktionen nun früher und konsequenter als bisher. Wenn es beispielsweise ein Land, gegen das ein Defizitverfahren läuft, versäumt hat, die nötigen Maßnahmen zur Beseitigung des Defizits zu ergreifen, wird eine unverzinsliche Einlage in Höhe von 0,2% des BIP fällig. Bei fortgesetzter Nichteinhaltung würde die hinterlegte Einlage in eine Geldbuße umgewandelt. Darüber hinaus würde die Sanktion automatischer ausgelöst als bisher: Hierzu ist ein strikteres Verfahren mit geändertem Abstimmungsmodus im Rat vorgesehen.

Gleichzeitig werden die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Statistiken und die Prognosepraxis der Mitgliedstaaten an den EU-Standard angepasst. Wenn festgestellt wird, dass ein Land falsche Daten gemeldet hat, kann eine zusätzliche Geldbuße verhängt werden.

Die verbleibenden zwei Rechtsakten betreffen ein Frühwarnsystem für übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte samt eingerichtetem Korrekturmechanismus.

Impressum

**Lexpress. Österreichs KMU-Zeitung zu Steuer, Recht und Wirtschaft.**

**Medieninhaber (Verleger):** Werbeagentur Pfeiffer
**Herausgeber:** Michael Pfeiffer (mp), pfeiffer@lex-press.at

**Adresse und Sitz:** 1140 Wien, Mossbachergasse 3/17
UID ATU62316807
Telefon: +43-(0)1-890 03 61 - 0
Telefax: +43-(0)1-890 03 61 - 15
E-Mail: redaktion@lex-press.at
Internet: www.lex-press.at

**Chefredaktion:** Paul Chr. Jezek (pj) paul.jezek@lex-press.at
**Verlagsleitung:** Christian A. Adam c.adam@lex-press.at +43-(0)699-1 911 0000
**Abonnement:** abo@lex-press.at
**Redaktion:** redaktion@lex-press.at

# und um Kapital für Investitionen

Foto: pixelio.de

*„Der Bedarf an hochqualifiziertem Personal ist in Österreich enorm. Es müssen Anreize geschaffen werden, zB Steuererleichterungen, Zuwanderer zu veranlassen in unserem Land arbeiten zu wollen.*

Alle Länder haben diesen Vertrag verletzt. Diese lockere rechtliche Handhabung hat zum neuen Stabilitätsprogramm, dem Sixpack, geführt. 5 Verordnungen, nämlich deutlich schärfere Sanktionen und Beobachtungen der einzelnen Mitgliedsstaaten, und eine Richtlinie der europäischen Kommission. Die wichtigsten Merkmale sind die Schuldenbremse, wenn möglich im Verfassungsrang, weiters sollen Sanktionen im Krisenfall eines Landes automatisch erfolgen (diese können nur durch eine qualifizierte Mehrheit der nicht betroffenen Ländern außer Kraft gesetzt werden).

Kommt nun ein Land tatsächlich in Schwierigkeiten, bestehen Rettungsschirme, ebenso mit der Tendenz zur Automatisierung. Beginnend mit dem EFSF (European Financial Stability Facility), ein Garantieprogramm der Mitgliedsländer, das sich als nicht ausreichend erwiesen hat. Inzwischen ist ein Fond, der ESM (European stability mechanism) beschlossen worden. Die Ratifizierung steht in den Mitgliedsstaaten noch aus.

*Österreich weist eine Staatsschuldenquote von 72,2 Prozent auf. Ein Anlass zur Kritik der Europäischen Kommission, welche hier, insbesondere bei der Privatverschuldung, ein makrokonomisches Ungleichgewicht sieht. Worauf basiert das Vertrauen der österreichischen Sparer – und wie lassen sich aus Ihrer Sicht die Staatsschulden reduzieren?*

**Bernhard Felderer:** „2008, zu Krisenbeginn, garantierte der österreichische Staat die unbegrenzte Haftung für private Spareinlagen und setzte damit ein wichtiges Signal. Diese Regelungen waren aber in Europa unterschiedlich angelegt, nunmehr bestehen staatliche Garantien für private Einlagen bis 100.000 Euro. Für Firmenkonten besteht keine Haftung des Staates.

Dass Österreich bei den Ratingagenturen an Wert verloren hat ist ob den Steuererhöhungen, den Kapitalabflüssen, einer wenig optimalen Standortpolitik, leicht nachvollziehbar. Eine Land, das eine nicht nachhaltige Steuerpolitik, zB die Stiftungsgesetzgebung, betreibt, kann nicht erwarten, dass es im Ranking nach oben kommt. Aber Staatsschulden rasch zu reduzieren, funktioniert nur bei gutem Wachstum. Ohne Wachstum wären massive Eingriffe nötig, die in der Regel gleichzeitig zu sinkender Nachfrage führen würden. Bei der Staatsschuldenquote muss man die Gesamtschulden des Staates, nach Maastricht gemessen, mit dem BIP in Verbindung bringen. Wenn nun das BIP unter dem Bruchstrich rasch wächst, verkleinert sich der Bruch. Bei einem rasch expandierenden BIP wird auch die Schuldenquote rascher reduziert. Andererseits dürfen oberhalb des Bruchstrichs die Schulden nicht wachsen, Schulden in absoluter Höhe zu tilgen funktioniert aber kaum. Allerdings kann man Staatsausgaben einfrieren und in Grenzen halten, das muss auch politisch möglich sein.“

*Können denn österreichische KMU, jene Unternehmen mit 15-150 Mitarbeitern nach europäischer Klassifikation, mit geringem Einfluss auf den Kapitalmarkt, dieses geforderte Wachstum erbringen?*

**Bernhard Felderer:** „Diese Betriebe schaffen mit Abstand die meisten Arbeitsplätze, nicht die Konzerne bzw die Industrie, wie man meinen könnte. Hier vollzieht sich eine starke Vitalität mit breiter Streuung, denn ein neuer Arbeitnehmer wird nur eingestellt, wenn die Auftragslage für längere Zeit passt. Meine Sorge ist, dass die Finanzierung nicht ausreichen wird, die höhere Eigenkapitalquote ist die Norm und das wird sich nicht ändern.“

*Die Zuwanderung von Fachkräften nach Österreich ist politisch niemals forciert worden. Welche Maßnahmen kann die Bundesregierung nun rasch treffen und umsetzen?*

**Bernhard Felderer:** „Das Verständnis um den globalen Wettbewerb der besten Köpfe – ob diese nun Englisch oder Zulu sprechen – ist nicht nach Österreich gedrungen. Wenn eine Fähigkeit dringend gebraucht wird, unabhängig von Farbe, Religion, Geschlecht oder Sprache, muss diese in Österreich rasch und sinnvoll eingesetzt werden können. Die Einwanderungspolitik hierzulande hat sich historisch nicht auf qualifizierte Menschen, sondern auf die Schiene der Flüchtlingsaufnahme und Familienzusammenführung konzentriert. Statt dem begabten Belgrader kam die Großmutter und die kranke Schwester.

Im letzten Jahr hat gerade Deutschland eine Rekordzuwanderung erlebt, aus dem Osten, aber vor allem aus Südeuropa. In Griechenland werden weit mehr Deutschkurse als früher angeboten, das Goethe-Institut ist überlaufen, in Spanien ebenfalls. 40% dieser Zuwanderer werden als hochqualifiziert bezeichnet. Das muss doch auch in Österreich funktionieren, dass die Hälfte aller Zuwanderer hochqualifiziert ist – insbesondere im technischen Bereich, mit extremen Erleichterungen, einem sofortigen Arbeitsbeginn. Die Formalitäten werden danach erledigt. Nur so ist der Lebensstandard, den sich Österreich erwartet, zu erhalten.

Schlussendlich kommen diese Menschen nicht von alleine, dazu müssen erst die Voraussetzungen geschaffen werden und dieses Verständnis, dass es einen globalen Wettbewerb um qualifizierte Personen gibt, fehlt in Österreich. Gerade kleine und mittlere Unternehmen werden diesen Bedarf haben, im technologischen Sektor, und benötigen hierfür Steuererleichterungen.

Was mag einen genialen Banker aus England veranlassen nach Wien zu kommen? Es muss ihm ja ob der Lohnsteuer wesentlich mehr bezahlt werden als in England. Könnte er einen Steuerbonus erhalten? Kann man ihn halten in diesem Land? Österreich benötigt dieses Personal dringend, im Finanzsektor, in der gesamten Ökonomie, im IT-Bereich der Medizin zB, in der Forschung generell. Wir sind ein kleines Land in einem riesigen Teich von Staaten mit vielen besonders qualifizierten Menschen. Es müssen Anreize geschaffen werden, diese zu veranlassen in unserem Land arbeiten zu wollen.“

*Um diese Steuererleichterungen zu gewähren, müsste der Staat an anderer Stelle, vielleicht an der Umverteilungsschraube, drehen, um die „Verluste“ wieder einzubringen?*

**Bernhard Felderer:** „Die Absenkung der Spitzensteuersätze kostet relativ wenig, da nur wenig Menschen davon betroffen sind. Das einzige, was verloren gehen würde, ist die Befriedigung des Neidkomplexes bzw einer nicht definierbaren Gerechtigkeitsvorstellung. Im Gegenzug würden wir Menschen und Effizienz gewinnen, andernfalls wird sogar Österreich eine Abwanderung qualifizierter Kräfte erleben.“

*Herr Prof. Felderer, Sie sind seit 1991 Chef des IHS, seit vorgestern nicht mehr. Was wollen Sie der österreichischen Wirtschaft auf den Weg geben?*

**Bernhard Felderer:** „Die Globalisierung hat nicht nur im Bereich der Güter stattgefunden. Natürlich können Teile in Südkorea günstig bestellt und hier weiterverarbeitet werden. Das ist der normale Produktwettbewerb. Es gibt aber auch den Wettbewerb um Kapital und – viel wichtiger – um qualifizierte Menschen. Unser besonders spezialisiertes Institut (IHS) schaut sich am globalen Arbeitsmarkt nach talentierten Menschen um und wir helfen diesen in Österreich zu bleiben.“

*Welche Maßnahmen raten Sie dem österreichischen Staat?*

**Bernhard Felderer:** „Der Staat, als Organisationsinstrument einer Gesellschaft, hat das Maximum seiner Möglichkeiten überschritten, er befindet sich nun in der Defensive. Wegen mangelnder Effizienz seiner Strukturen ist der Staat gezwungen entweder im dynamischen Lauf der Jahre mehr Steuern zu verlangen oder Aktivitäten einzuschränken. Allein der Druck der Finanzmärkte hat uns zu einer kleinen Reform, dem Sparpaket, gezwungen. Der Staat Österreich hat die Reform nicht aus eigenem Antrieb geschafft. Und dieser Druck wird weiter auf uns lasten. Wegen diesem eigenen Unvermögen sollten wir nicht auf die Finanzmärkte schimpfen, sondern dankbar sein, dass wir eine Gelegenheit erhalten haben, das Gemeinwesen rationaler gestalten zu können.“

*(mp)*

## BUCHTIPP

### EUROPARECHT

**Das Jahrbuch 2011**

bietet kompakten, problemorientierten Überblick über wesentliche europarechtliche Entwicklungen. Dargestellt werden rechtliche Neuerungen, Rechtsakte im Vorbereitungsstadium, relevante aktuelle Judikatur der Unionsgerichtsbarkeit sowie die österreichische Rechtsprechung mit Europarechtsbezug. Das Werk bietet nicht nur profunden Rückblick, sondern auch problemorientierten Ausblick auf anstehende Entwicklungen und deckt umfassend das breite europarechtliche Spektrum ab.

HG: Thomas Eilmansberger, Günter Herzig
525 Seiten
Preis: 58 Euro
ISBN: 978-3-7083-0754-1
Neuer Wissenschaftlicher Verlag

## Meinung — DES CHEFREDAKTEURS

# Kleine Zusammenfassung einiger Notwendigkeiten

**Bei der europäischen Schuldenkrise ist jetzt eindeutig die Politik mehr denn je gefordert, das Vertrauen in die Stabilität und Reformfähigkeit der Institutionen wieder herzustellen. Dabei ist die Förderung des Wachstums ganz entscheidend, um die Herausforderungen bei der Sanierung der öffentlichen Defizite erfolgreich bewältigen zu können.** *Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass (auch) in der Lexpress-Redaktion „Wachstums“-Kritiker vertreten sind.)*

Während manche Experten meinen, dass die aktuellen Probleme nur durch konsequentes Sparen zu lösen sind, sind andere der Auffassung, es müsse jetzt erst recht investiert werden. Ein typischer Fall für die vielzitierte „Goldene Mitte“, denn es muss wohl beides passieren, um die Schuldenkrise zu bewältigen. Außer Diskussion soll stehen, dass die EU-Mitgliedstaaten nicht von ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zur Union abweichen.

Probleme sind (wie andernorts auch) nicht durch gegenseitige Schuldzuweisungen, Nationalismus oder mit einem Nord-Süd-Euro zu lösen, sondern nur durch Solidarität und Zusammenhalt.

Was ist weiters zu tun? Das lässt sich in einem einfachen 3-Punkte-Programm zusammenfassen:

- **Wachstum durch Stärkung des Unternehmertums**

Wachstum durch neue Schulden erkaufen, führte in die Sackgasse – Wachstum entsteht nur durch eine gesunde und leistungsstarke Wirtschaft.

- **Die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen**

Unternehmerisches Engagement braucht eine faire Wettbewerbsordnung und somit ein ausgewogenes Miteinander von Klein-, Mittel und Großbetrieben sowie eine Beschränkung von wirtschaftlichen Machtkonzentrationen.

- **Zukunftsfähige Rahmenbedingungen schaffen**

Eine zukunftsorientierte Standortpolitik verlangt nach einer kontinuierlichen Anpassung an die nationalen, europäischen und globalen Herausforderungen. Deshalb braucht es unter anderem ein zukunftstaugliches Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht und einen funktionsfähigen Kapitalmarkt. Notwendig ist u. a. weiters, mit Augenmaß in die kommenden KV-Lohnrunden zu gehen ...

*Ihr*
*Paul Christian Jezek*

**Privatstiftungsrecht.** Stiftungsvorstände entsprechen der gesellschaftsrechtlichen Verantwortung von Organmitgliedern einer KG.

# Strafrechtliche Haftung von Mitgliedern des Stiftungsvorstands im Finanzstrafgesetz

**„Das Privatstiftungsrecht ist mehr als 10 Jahre alt. Nicht zuletzt auf Grund der Wirtschaftskrise und der nach wie vor angespannten wirtschaftliche Situation, können Entscheidungen des Stiftungsvorstands verstärkt auf Kritik stoßen. Dies betrifft vor allem Stiftungsvorstände einer unternehmensleitenden Privatstiftung“, so RA Dr. Alix Frank-Thomasser, Partnerin bei Alix Frank Rechtsanwälte. Inwieweit der Stiftungsvorstand haftet ist grundsätzlich im Privatstiftungsgesetz (§ 29) geregelt.**

„Primär besteht die Haftung der Mitglieder des Stiftungsvorstandes in der Verpflichtung zum Schadenersatz. Abgesehen von der zivilrechtlichen Haftung kann es aber auch zu einer strafrechtlichen Haftung der Stiftungsvorstandsmitglieder kommen“, erklärt Frank-Thomasser und verweist auf einige Beispiele, wie Verstöße gegen die Strafbestimmungen des § 41 PSG (unrichtige Darstellung des Vermögensbestands der Privatstiftung; unrichtige Auskünfte), gegen das Finanzstrafgesetz oder gegen die Kridatatbestände.

### Sorgfaltsmaßstab

Für die Mitglieder des Stiftungsvorstands normiert das Privatstiftungsgesetz, dass diese ihre Aufgaben sparsam und mit der Sorgfalt eines gewissenhaften Geschäftsleiters zu erfüllen haben. „Damit hat der Gesetzgeber die Anforderungen an den Stiftungsvorstand der gesellschaftsrechtlichen Verantwortung von Organmitgliedern einer Kapitalgesellschaft nachempfunden. „Die Mitglieder des Stiftungsvorstands haben sich demnach wie ein ordentlicher und gewissenhafter Unternehmer in verantwortlicher leitender Position, bei selbstständiger Wahrnehmung fremder Vermögensinteressen zu verhalten“, erklärt Frank-Thomasser.

### Verschulden

Gemäß § 29 PSG haftet jedes Mitglied des Stiftungsvorstands der Privatstiftung für den aus der schuldhaften Verletzung seiner Pflichten entstandenen Schaden. Schon leichte Fahrlässigkeit begründet die Ersatzpflicht, es besteht aber keine Erfolgshaftung. Der Sorgfaltsmaßstab der für die Stiftungsmitglieder gilt, darf allerdings nicht überspannt werden. Dem Stiftungsvorstand muss noch ein Ermessungsspielraum zukommen, der dann relevant wird, wenn sich beispielsweise ein Geschäft für die Privatstiftung möglicherweise als positiv erweist.

### Beweislast

Eine ausdrückliche Beweislastumkehr wie die des § 84 Abs 2 2. Satz AktG fehlt zwar im PrivatstiftungsG, obwohl § 17 Abs 2 1. Satz PSG dem § 84 AktG nachgebildet ist. Nach der Lehre ist eine analoge Anwendung des § 84 Abs 2 2. Satz AktG im PSG jedoch nicht geboten, da der Gesetzgeber hier ausdrücklich nur Teile des § 84 AktG übernommen hat. Ebenfalls kann hieraus aber nicht der Umkehrschluss gezogen werden, es gelte überhaupt keine Beweislastumkehr. Vielmehr stehen die Mitglieder des Stiftungsvorstands in rechtlicher Sonderbeziehung zur Privatstiftung und hat das PSG dem § 1298 ABGB nicht derogiert. Die Beweislastumkehr lässt sich aber aus der Beweisnähe der Organmitglieder rechtfertigen.

Die Grundsätze der Beweislastumkehr des § 1298 ABGB und der Beweisnähe sind auch auf die Haftung des Stiftungsvorstands zu übertragen. Demgemäß hat der Gläubiger den Eintritt eines Schadens und die Kausalität des beanstandeten Verhaltens der belangten Organmitglieder zu beweisen. Die bisher in der Judikatur vertretene Ansicht, der Vorstand habe den Nachweis von Tatsachen, deren rechtliche Qualifizierung sorgfaltsgemäßes Verhalten ergibt, zu erbringen, wurde vom OGH dahingehend modifiziert, dass der Gläubiger nicht nur den Schadenseintritt und die Kausalität beweisen müsse, sondern auch Tatsachen vorzutragen habe, von denen ein Schluss auf die Pflichtwidrigkeit des Verhaltens des Vorstandsmitglieds gezogen werden könne (OGH 3 Ob 34/97i).

Foto: Alix Frank

**Dr. Alix Frank-Thomasse** – Rechtsanwältin und Partnerin der Rechtsanwaltskanzlei ALIX FRANK

### Geltendmachung der Haftung

Schadensersatzansprüche gegenüber Stiftungsorganen hat grundsätzlich der Stiftungsvorstand als Vertreter der Privatstiftung durchzusetzen. Das gilt auch innerhalb des Vorstandskollegiums, „was bedeutet, dass die übrigen Vorstandsmitglieder verpflichtet sind, Schadensersatzansprüche der Stiftung gegen schuldige Vorstandskollegen geltend zu machen“, so Frank-Thomasser und fasst abschließend zusammen: „Der Stiftungsvorstand unterliegt einem erhöhten Sorgfaltsmaßstab und hat ausschließlich die Interessen der Stiftung an der Erfüllung des Stiftungszweckes im Sinne der Vorgaben des Stifters in den Stiftungsurkunden zu fördern. Umso wichtiger ist die sorgfältige Gestaltung von Stiftungsurkunden. Gelingt dem Stiftungsvorstand der Beweis, dass er eine Entscheidung unter Beachtung der vorstehenden Grundsätze getroffen hat, so kann ihn einen Haftung nicht treffen.“

*www.alix-frank.co.at*

**IHRE RECHTSBERATUNG**

Das umfassend tätige Team der Alix Frank Rechtsanwälte GmbH vertritt kompetent Unternehmer jeder Größenordnung in allen Bereichen des österreichischen Wirtschaftsrechtes. Mitglied von MSI Global Alliance – Independent Legal & Accounting Firms und und EuréseaU.

---

**BUCHTIPP**

**KOMMUNALSTEUER**

**2. Auflage des Handbuchs**

Die Kommunalsteuer ist derzeit aufkommensmäßig die wichtigste von den Gemeinden selbst zu erhebende ausschließliche Gemeindeabgabe. Wenngleich das Kommunalsteuergesetz 1993 als das für die Erhebung der Kommunalsteuer zentrale Gesetz anzusehen ist, sind auch das Finanzausgleichsgesetz 2008 sowie verfahrensrechtlich vor allem die seit 2010 auch von den Ländern und Gemeinden anzuwendende Bundesabgabenordnung bei der Erhebung der Kommunalsteuer rechtlich relevant. Stand: März 2012.

Autoren: Peter Mühlberger, Siegfried Ott
976 Seiten, geb.
Preis: 98 Euro
ISBN: 978-3-7083-0819-7
Neuer Wissenschaftlicher Verlag

**CONTROLLING FÜR KLEIN- UND KLEINSTUNTERNEHMEN**

**Alternative „externes Controlling“**

Für KMU kann vor allem die Steuerberatungskanzlei als externer Controller und betriebswirtschaftlicher „Allround-Berater" fungieren. Zur Sicherung der Existenz bzw. Insolvenzprophylaxe sowie zur Erhöhung der Steuerbarkeit des Unternehmens kann das Controlling einen wertvollen Beitrag leisten. Die Autorin ist Controllerin in einem international tätigen österreichischen Industrieunternehmen.

Autor: Dr. Sandra Mühlböck
328 Seiten,
Preis: 58 Euro
ISBN: 978-3-7073-2100-5
Linde Verlag, 2012

---

**Immo.** Neuregelung bei Veräußerung von Immobilien im privaten und betrieblichen Bereich.

# Immobilienertragsteuer für „Neu- und Altvermögen“

**„Die Veräußerung von Immobilien durch natürliche Personen im privaten wie auch im betrieblichen Bereich wurde per 1. April 2012 steuerlich neu geregelt. „Unwissenheit schützt daher hier nicht vor Strafe“, deponiert Prok. Mag. Jutta Stadler, Libertas Intercount Revisions- und Beratungs-GmbH/Wien, die noch einen großen Nachholbedarf an diesbezüglicher Information sieht.**

Grundsätzlich, so Stadler, wird eine Immobilienertragsteuer von 25% für „Neu- und Altvermögen“ angewendet. Allerdings entfällt die Steuer, wenn selbst hergestellte Gebäude, die nicht innerhalb der letzten 10 Jahre zur Erzielung von Einkünften oder Immobilien die mindestens zwei Jahre seit Anschaffung, bzw der letzten 10 bis 5 Jahre durchgehend als Hauptwohnsitz dienten. Gleiches gilt nach wie vor bei Enteignung oder Veräußerung wegen drohender Enteignung. „Darüber hinaus“, so Stadler „sind noch eine Reihe von Regeln zu beachten“:

### ■ Neuvermögen- Altvermögen

Bei Neuvermögen bzw bei Immobilien die noch am 31.3.2012 innerhalb der Spekulationsfrist sogenannt steuerverfangen waren, werden die steuerpflichtigen Einkünfte, mit Ausnahme der eingeschränkten Abzugsfähigkeit von Werbungskosten, grundsätzlich wie bisher ermittelt, wobei zusätzlich ein Inflationsabschlag ab dem 11. Jahr von jährlich zwei Prozent, höchstens 50%, berücksichtigt werden darf.

Bei Altvermögen, also alle Immobilien, die am 31.3.2012 nicht mehr steuerverfangen waren, bemisst sich der steuerpflichtige Veräußerungsgewinn grundsätzlich pauschal. Die Anschaffungskosten werden insofern fingiert, als sie mit 86% des Veräußerungserlöses angesetzt werden. Der sich daraus ergebende Saldo wird mit 25% besteuert, das ergibt eine effektive Besteuerung des gesamten Erlöses von 3,5 Prozent.

### ■ Achtung bei Umwidmung und Verluste

„Wichtig ist jedoch zu beachten, dass bei Grundstücken, die nach dem 31. Dezember 1987 zu Bauland umgewidmet wurden, die Anschaffungskosten mit 40% des Erlöses fingiert werden, daher beträgt hier die effektive Besteuerung 15% des Erlöses. Will man die tatsächlichen Anschaffungskosten heranziehen, muss sich der Inflationsabschlag auf den Zeitpunkt der Umwidmung beziehen“, erläutert Stadler. Daher können Verluste aus Grundstücksveräußerungen nur mit Gewinnen aus anderen Veräußerungen im selben Kalenderjahr ausgeglichen werden. Eine Vortragsfähigkeit besteht nicht.

### ■ Betrieblicher Bereich

Im Gegensatz zu früher sind ab 1.April 2012 die Gewinne aus der Veräußerung von Grund und Boden für alle Gewinnermittlungsarten steuerlich gleich geregelt. Die zentralen Grundsätze für die privaten Grundstücksveräußerungen wie die 25%ige Immobilienertragsteuer, die Unterscheidung von Alt- und Neuvermögen und der Inflationsabschlag gelten auch für den betrieblichen Bereich.

Gewerbliche Grundstückshändler und andere Gewerbetreibende, deren betrieblicher Schwerpunkt in der Überlassung und Veräußerung von Grundstücken liegt, unterliegen der normalen Tarifbesteuerung.

Ebenfalls kommt es zur Tarifbesteuerung, wenn auf die Immobilie eine Teilwertabschreibung vorgenommen wurde oder eine stille Reserve nach § 12 EStG übertragen wurde.

### ■ Entnahmen – besondere Begünstigung

Aufgrund der fortdauernden Steuerverfangenheit im Privatvermögen darf ab 1. April 2012 Grund und Boden zum Buchwert entnommen werden. Bei späterer Einrichtung eines Hauptwohnsitzes für mindestens fünf Jahre kann die Hauptwohnsitzbefreiung zur Anwendung kommen.

Foto: Libertas Intercount GmbH

**Mag. Jutta Stadler** – Mitarbeiterin der Libertas Intercount Revisions- und Beratungsgesellschaft m.b.H.

Gebäudeentnahmen erfolgen wie bisher zum Teilwert.

### ■ Verlustausgleich im betrieblichen Bereich

Verluste aus der Veräußerung von Immobilien wie auch Teilwertabschreibungen sind mit anderen Einkünften ausgleichsfähig. Hier besteht ein großer Unterschied zum privaten Bereich, wo Verluste aus Grundstücksveräußerungen nur mit Gewinnen aus anderen Grundstücksveräußerungen im selben Kalenderjahr ausgleichsfähig sind.

*www.libertas.at*

**IHRE STEUERBERATUNG**

Die Kanzlei ist seit mehr als 60 Jahren tätig, bietet Steuerberatung und Bilanzierung, Buchhaltung, Lohnverrechnung, Unternehmensberatung und Wirtschaftsprüfung. Persönliche Betreuung und Internationalisierung stellen das Leitbild des Unternehmens dar.

# Vielen Unternehmen bieten wir große Unterstützung.

**Mehr über unsere Lösungen für KMU:**
von-anfang-an.at

## Und das von Anfang an.

Als Anwaltskanzlei steht man vor ganz anderen Herausforderungen als ein Großunternehmen. Deshalb sind unsere Lösungen für KMU und Freie Berufe genau auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten. Egal, ob es um unsere Beratung, Service-Tools oder Finanzierungen geht – wir sind für Sie da.
**von-anfang-an.at**

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der Bank Austria
Member of UniCredit

**VersRÄG 2012.** Änderungen im Versicherungsvertragsrecht per 1. Juli 2012.

# Vertragsrecht neu: Bedingungsloses Rücktrittsrecht für Versicherungsnehmer

**Mit dem Versicherungsrechts-Änderungsgesetz werden das Versicherungsvertragsgesetz 1958 und das Maklergesetz novelliert. Per 01. Juli 2012 treten wichtige Änderungen im Versicherungsvertragsrecht in Kraft. Weitere Änderungen folgen mit 1. Oktober 2012.**

Im Wesentlichen betrifft dies folgende Bereiche:

- **Neuregelung des Rücktritts vom Vertrag**

VerbraucherInnen wird nun ein allgemeines und bedingungsloses Rücktrittsrecht eingeräumt. Das Rücktrittsrecht wird unabhängig von der Art der Vertragserklärung der VerbraucherInnen bestehen. Weiters wird dieses Recht unabhängig davon bestehen, wem gegenüber die Vertragserklärung abgegeben wurde. Ebenso wird nicht relevant sein, ob die VerbraucherInnen den Vertragsabschluss selbst angebahnt haben. Das Rücktrittsrecht ist auch nicht an bestimmte Bedingungen geknüpft.

- **Modernisierung der Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Versicherer und Versicherungsnehmer**

Zukünftig können – bei Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben – die „neuen" Medien genutzt werden. Dadurch wird ermöglicht, dass die Versicherungsbedingungen auf der Homepage des Versicherers eingestellt werden und dass VersicherungsnehmerInnen via E-Mail oder Login im Kundenportal auf die Versicherungsunterlagen beim Versicherer elektronisch zugreifen können. In diesem Zusammenhang wird auch die „geschriebene Form" eingeführt, welche zukünftig den Standard darstellen und damit weitestgehend die „Schriftlichkeit" ablösen wird. Weiters wird – bei entsprechender Vereinbarung – für viele Versicherungsverträge die Übermittlung des „elektronischen Versicherungsscheines" ermöglicht.

- **Neuregelung der Ermittlung personenbezogener Gesundheitsdaten durch private Versicherer**

Zukünftig wird es einer gesonderten Erklärung der Betroffenen bedürfen. Ergänzt wird dies durch die Information über Alternativen (Einzelzustimmung nach dem Datenschutzgesetz) und durch eine Belehrung über die Rechtsfolgen und das Widerrufsrecht. Die Datenerhebung durch den Versicherer erfordert zudem die vorherige Information der Betroffenen samt Belehrung. Für die Krankheitskostenversicherung wird aber ermöglicht, dass Gesundheitsdaten zum Zwecke der Direktverrechnung ohne ausdrückliche Einzelfallzustimmung ermittelt werden dürfen.

- **Neuregelung zu Provisionen für Nettopolizzen**

Die zwingenden Bestimmungen zur Höhe des Provisionsanspruchs des Versicherungsvermittlers in „Frühstornofällen" wird nunmehr auch auf die Nettopolizzen ausgedehnt.

- **Neuregelung zur Solvenzprüfungspflicht des Versicherungsmaklers**

Die Verpflichtung des Versicherungsmaklers zur Prüfung der Solvenz des Versicherers wird konkretisiert. Die Prüfung soll im Einzelfall erfolgen, wenn es zur sorgfältigen Wahrung der Interessen des Versicherungskunden notwendig ist.


**IHRE RECHTSBERATUNG**

Rechtsanwältin Romy Jürges-Gellrich ist Ansprechpartnerin für Versicherungs,- Unternehmens- und Wirtschaftsrecht, Gesellschaftsrecht / Umstrukturierungen, Vertragsrecht, Streitiges, Vertriebsrecht und Arbeitsrecht.

**Romy Jürges-Gellrich**
Rechtsanwältin, Wien (zugelassen auch in Deutschland / RAK Sachsen)
kanzlei@juerges.at
1010 Wien, Stallburggasse 4/2/13
Tel: +43-(0)1-533 84 00


Steuer — SERVICE

## Die Betriebsprüfung

**Durch ordnungsgemäße Buchführung der Geschäftsfälle, Abgabe von korrekten Steuererklärungen und Einhaltung von steuerrelevanten Terminen ist man auf eine Betriebsprüfung gut vorbereitet.**

Im Rahmen von **Außenprüfungen**, zu welchen etwa die Gemeinsame Prüfung lohnabhängiger Abgaben (GPLA) zählt, können alle für die Erhebung von Abgaben bedeutsamen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse geprüft werden. Die Außenprüfung findet im Rahmen eines förmlichen Verfahrens statt, das einen definierten Prüfungsbeginn und eine Anmeldung, welche eine Woche vor Prüfungsbeginn zu erfolgen hat, vorsieht. Das Prüforgan hat sich unaufgefordert auszuweisen und dem Steuerpflichtigen einen schriftlichen Prüfungsauftrag vorzulegen, in welchem die zu prüfenden Abgabenarten und Zeiträume genau bezeichnet sein müssen. Alle angeführten Abgaben und Zeiträume unterliegen dem Wiederholungsverbot und dürfen danach nicht mehr geprüft werden. Der Prüfungszeitraum umfasst meistens drei Jahre, kann aber auch bis zur Verjährungsfrist (5 bis 10 Jahre) ausgedehnt werden.

Der Prüfer muss den Steuerpflichtigen vorab auf die Möglichkeit einer **Selbstanzeige** hinweisen, da diese unter bestimmten Voraussetzungen spätestens vor Beginn der Prüfung erstattet werden muss, um strafaufhebende Wirkung zu haben. Nach Abschluss der Außenprüfung ist eine Schlussbesprechung abzuhalten, die insb. dem Parteiengehör des Steuerpflichtigen dient. Über den Inhalt der Schlussbesprechung ist eine Niederschrift aufzunehmen, worin die Prüfungsfeststellungen zu beurkunden sind.

Die zu prüfenden Betriebe werden nach folgenden Kriterien ausgesucht:

- Zeitauswahl (Auswahl der am längsten nicht geprüften Betriebe)
- Gruppenauswahl (Auswahl nach dem „Zufallsprinzip")
- Einzelauswahl (Auswahl erfolgt durch das Finanzamt aufgrund besonderer Vorkommnisse oder einer Anzeige)

Die **Nachschau** besteht im Betreten und Besichtigen von Grundstücken, Gebäuden und Betrieben sowie in der Einsichtnahme in Bücher, Aufzeichnungen und sonstige für die Abgabenerhebung maßgebliche Unterlagen. Für diese Prüfungsart sind weder ein schriftlicher Nachschauauftrag noch eine Rechtsbelehrung bzgl Selbstanzeige oder eine Schlussbesprechung vorgesehen. Ebenso gilt auch nicht das Wiederholungsverbot.

*www.grantthornton.at*

**Unternehmens- und Medienrecht.** Wesentliche Änderungen des Mediengestzes – Verschärfung der Offenlegungspflichten.

# Mediengesetz-Novelle tritt mit 1.7.2012 in Kraft

**Im Dezember 2011 wurde basierend auf einen selbständigen Antrag des Verfassungsausschuss eine Novelle des MedienG im Nationalrat beschlossen. Durch die Änderung müssen Medieninhaber von periodischen Medien (d.h. Homepages, Newsletter) ihre Beteiligungsverhältnisse offen legen. Bei Zuwiderhandeln drohen erhöhte Verwaltungsstrafen von 20.000 Euro.**

Die Inhalte der Novellierung sind für sämtliche Unternehmen relevant:

- Medieninhaber von periodischen Medien (u.a. Websites, Newsletter) müssen sämtliche Personen, die an den Medieninhabern direkt oder indirekt beteiligt sind, angeben
- Anzugeben sind die jeweiligen Eigentums-, Beteiligungs-, Anteils- und Stimmrechtsverhältnisse. Die Erheblichkeitsschwelle von 25% wurde gestrichen
- Deutliche Erhöhung der Sanktionierung bei Zuwiderhandeln: die Verwaltungsstrafe wurde von knapp 2.000 Euro auf 20.000 Euro erhöht.

Es besteht allerdings die Möglichkeit zur Erleichterung durch eine abgeschwächte Offenlegungspflicht für „kleine" Homepages bzw. Newsletter.

Im Dezember 2011 wurde im Rahmen der Erlassung des Medientransparenzgesetzes im Nationalrat auch eine Novellierung des Mediengesetzes basierend auf einen selbstständigen Antrag des Verfassungsausschuss (ohne Konsultationsmöglichkeit) vorgelegt. Die Änderungen betreffen §§ 25, 27 des Mediengesetz. Damit wurden folgende Änderungen beschlossen:

- **Angabe der Beteiligungsverhältnisse**

Im § 25 wird die Offenlegung von Beteiligungsverhältnissen an Medieninhabern geregelt. Diese Regelung trifft u.a. auch periodische Medien. Gemäß §1 Abs 1 Z.2 MedienG umfasst die Definition der periodischen Medien „periodische Medienwerke" (etwa Zeitungen) oder „periodische elektronische Medien" (vor allem Rundfunkprogramme, Websites, quartalsmäßig versandte Email-Newsletter). Unter den Begriff „Medieninhaber" fallen jene Personen, die für die verbreiteten Inhalte verantwortlich sind (Besorgung, Inhalt, Veranlassung).

- **Erheblichkeitsschwelle entfällt**

Bis dato war eine 25%ige Erheblichkeitsschwelle von Beteiligungen vorgesehen, die zur Offenlegung von substanziellen Beteiligungen verpflichtete. Bei periodischen Medien musste bislang die Beteiligung der Medieninhaber mit Name oder Firma, Unternehmensgegenstand, Wohnort, Sitz oder Niederlassung und mit Art und Höhe der Beteiligung der Medieninhaber angegeben werden. War der Medieninhaber eine Gesellschaft oder ein Verein, so war auch der Geschäftsführer, die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates, sowie die Gesellschafter, die mit über 25% an ihnen beteiligt waren, anzugeben.

Ab 1. Juli 2012 entfällt diese Erheblichkeitsschwelle. Es wurde des Weiteren eine neue Regelung hinzugefügt: für sämtliche der an einem Medieninhaber direkt oder indirekt beteiligten Personen sind die jeweiligen Eigentums-Beteiligungs-, Anteils- und Stimmrechtsverhältnisse anzugeben. Allfällige stille Beteiligungen und Treuhandverhältnisse, genauso wie Stifter und Begünstigte sind somit offenzulegen. Die Art der Veröffentlichung der Beteiligungsverhältnisse richtet sich dementsprechend nach der jeweiligen Art der Veröffentlichung des Mediums.

Die Sanktionierung bei Zuwiderhandeln wurde ebenfalls in § 27 Abs 1 verschärft: die Verwaltungsstrafe wurde von knapp 2.000 Euro auf 20.000 Euro erhöht.

Problematisch erscheint bei diesen Neuerungen vor allem für börsennotierte Unternehmen (insb. für den Fall von Streubesitz), aber auch für Stiftungen oder Treuhänder von Gesellschaften:

- **Erleichterte Offenlegungspflicht – Unterscheidung „große" und „kleine" Homepages/Newsletter**

In §25 Abs 5 MedienG ist eine erleichterte Offenlegungspflicht normiert, die eine Unterscheidung zwischen „großen" und „kleinen" Homepages bzw Newsletters zulässt. Die Neuerungen greifen nur auf sogenannte „große"Homepages bzw. Newsletters. „Kleine" Homepages/Newsletter müssen nach wie vor nur den Namen/Firma, den Unternehmensgegenstand sowie den Wohnort/Sitz des Medieninhabers anführen.

Die Unterscheidung zwischen „groß" und „klein" ist aber sehr vage formuliert: im Unterschied zu einer „kleinen" Version zeichnet ein „großes" periodisches Medium aus, dass die „Inhalte geeignet sind, die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen". Bei einer „kleinen" Homepage/Newsletter muss sich der Medieninhaber auf die Präsentation seines Unternehmens/seiner Leistungen beschränken.

Diese Erleichterung mag für einige Unternehmen eine Lösung zu den Verschärfungen bieten, das Risiko des Zuwiderhandelns ist allerdings durch die nur vage Abgrenzung der „kleinen" und „großen" Homepages/Newsletter dennoch groß.

*www.aktienforum.org*

**WKO-Tipp zur Anpassung des Impressums:**

Für Angaben betreffend Websites kann das für Mitglieder kostenlose ECG- und MedienG-Service von wko.at genutzt werden, bei dem kontextuelle Hilfestellungen im Eingabeprozess verfügbar sind.

*www.wko.at*

Arbeitsrecht — PERSONALVERRECHNUNG

## Änderungen im Sozialversicherungsrecht

**Neu mit dem Sparpaket ab 2013: Kündigt der Arbeitgeber einen Arbeitnehmer, fällt eine „Auflösungsabgabe" von 110 Euro an.**

Für jedes arbeitslosenversicherungspflichtige Dienstverhältnis oder arbeitslosenversicherungspflichtige freie Dienstverhältnis, das der Arbeitgeber nach dem 1.1.2013 beendet, müssen 110 Euro „Auflösungsabgabe" entrichtet werden. Dies gilt auch, wenn ein länger als sechs Monate befristetes Dienstverhältnis – ohne Verlängerung – ausläuft. Nur wenn der Arbeitnehmer kündigt, unberechtigt vorzeitig austritt, aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig austritt, im alterspensionsberechtigten Alter ausgeschieden wird, ein Lehrverhältnis oder Ferial-/Berufspraktikum beendet wird, wegen Insolvenz die Beendigung erfolgt, durch Tod des Dienstnehmers das Dienstverhältnis endet oder unmittelbar nach Beendigung ein neues Dienstverhältnis im selben Betreib begründet wird, muss der Arbeitgeber keine Abgabe zahlen.

- Ab 2013 wird die Höchstbeitragsgrundlage für unselbstständig Tätige um 90 Euro/Monat angehoben – zusätzlich zur jährlichen Anpassung!
- Keine Absenkung der Mindestbeitragsgrundlage, Anhebung der Beitragsätze mit 1.1.2013 auf 18,5%. Erhöhung der Pensionsversicherung der bäuerlichen Wirtschaft mit 2013 18,5% erhöht.
- Die Beitragspflicht zur ALV wird bis zum Erreichen des Mindestalters für die Alterspension vorgeschrieben, bisher endete diese Pflicht mit 60 Jahren. Zusätzlich zur jährlichen Aufwertung wird die Höchstbeitragsgrundlage um 90 Euro monatlich erhöht.

*www.lexandtax.at*

**Steuerabkommen Schweiz-Österreich.** Einmalzahlung für Straffreiheit und Wahrung der Anonymität.

# Legalisierung von Schwarzgeld geregelt

**Am 13. April 2012 wurde in Bern ein Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Österreich unterzeichnet. Das Abkommen ermöglicht die anonyme und strafbefreiende Nachversteuerung von in der Schweiz veranlagten Vermögen und erzielten Kapitaleinkünften österreichischer Steuerpflichtiger, bzw Schwarzgeld kann ohne Preisgabe der Identität legalisiert werden.**

Foto: pixelio.de

Als weitere Maßnahme wurde vereinbart, dass zukünftige Kapitalerträge mit einer 25%igen Abgeltungssteuer erfasst werden sollen. Das Abkommen wird mit 1.1.2013 in Kraft treten und ungefähr 1 Mrd Euro zum Budget 2013 beitragen. In den Folgejahren wird mit etwa 50 Mio Euro kalkuliert.

Unter den Anwendungsbereich des Abkommens fallen alle in Österreich ansässigen natürlichen Personen, die bei einer Schweizer Bank, einem Schweizer Vermögensverwalter oder Wertpapierhändler als Konto- oder Depotinhaber bzw als nutzungsberechtigte Personen geführt werden. Die Regelungen gelten ferner, wenn natürliche Personen sich für die Zweck der Veranlagung sg. Sitzgesellschaften (zB transparente Anstalten, Stiftungen, Trusts und Treuhandunternehmen) oder steuerlich nicht anerkannter Lebensversicherungsmäntel bedienen.

Schweizer Banken sind im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht dazu verpflichtet, bei Aufnahme der Geschäftsbeziehungen Namen, Geburtsdatum, Anschrift und Angaben zum Wohnsitz des Kunden festzuhalten. Die Regelungen über die Nachversteuerung sollen Anwendung finden, wenn die Bank feststellt, dass ein Kunde seinen Wohnsitz am 31.12.2010 in Österreich hatte. Vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgeschlossen sind jene Erträge und Gewinne, die unter die 35%ige EU-Quellensteuer fallen.

Die Regelungen sind ferner auf Vermögenswerte wie Versicherungsverträge, die der schweizerischen Finanzmarktaufsicht unterstellt sind und Anlageobjekte wie Goldbarren, Goldmünzen oder Edelsteine nicht anzuwenden. Ebenfalls nicht erfasst werden die Inhalte von Bankschließfächern. Anleger haben die Wahl, ob das Schwarzgeld durch eine anonyme Einmalzahlung oder durch eine Offenlegung bzw Selbstanzeige nachversteuert wird. Die Schweizer Banken werden ihre Kunden innerhalb von zwei Monaten, nach Inkrafttreten des Abkommens, über mögliche Vorgehensweisen der Nachversteuerung informieren. Die Kunden müssen bis zum 31.5.2013 der Bank mitteilen, für welche Konten oder Depots eine Nachversteuerung durch Einmalzahlung oder durch freiwillige Meldung erfolgen soll. Die Wahlmöglichkeit besteht daher pro Konto/Depot. Eine einmal getroffene Wahl kann nicht mehr widerrufen werden. Reagiert der Kunde nicht, so wird automatisch die Einmalzahlung vorgenommen.

### Anonyme Einmalzahlung

Die Schweizer Bank berechnet die Steuerschuld und stellt die Berechnung dem Kunden zu. Binnen 30 Tagen kann dieser Einspruch gegen die Berechnung erheben. Danach überweist die Bank vom Kundenkonto an die eidgenössische Steuerverwaltung den geschuldeten Steuerbetrag. Das Vermögen ist ab diesem Zeitpunkt legal. Sollte sich auf dem besagten Kundenkonto zu wenig Geld befinden, wird eine Nachfrist von 8 Wochen zur Bereitstellung des erforderlichen Geldbetrages festgesetzt. Sollte der Aufforderung nicht nachgegangen werden, treten die Konsequenzen einer Offenlegung ein. Der Kunde erhält nach der Überweisung von der Bank eine Bescheinigung über die erfolgte Bezahlung. Die eidgenössische Steuerverwaltung leitet wiederrum die Gelder an die österreichische Steuerbehörde weiter.

Der Einmalbetrag wird nach einer komplizierten Formel berechnet. Grob vereinfacht werden dabei zwei Vergleichsrechnungen angestellt:

- 15% des Kapitalbestandes zum 31.12.2010
- 30% von 2/3 der Wertsteigerungen der Kapitalbestände zw. 31.12.2002 und 31.12.2010, sowie 30% von 1/3 des Kapitalbestandes per 31.12.2010 sowie der fiktiven Kapitalbeträge 2011 und 2012.

Für besonders hohe Vermögen kann sich der Steuersatz auf bis zu 38% erhöhen. Der höhere der beiden Beträge wird als Steuerschuld abgeführt.

All jene, die das Abkommen dazu nützen möchten noch schnell Gelder in die Schweiz zu transferieren um diese rein zu waschen, seien gewarnt: maximal das 1,2-fache des Depotstandes zum 31.12.2010 kann für die Einmalzahlung per 31.12.2012 herangezogen werden. Der übersteigende Betrag entfaltet keine Abgeltungswirkung. All jene Zuflüsse die nach dem 13.04.2012 stattfinden sind ebenfalls von der Abgeltungswirkung ausgeschlossen. Steuerpflichtige, die ihr Geld vor dem 1.1.2013 aus der Schweiz abziehen, verwirken ihre Möglichkeit das Geld mittels einer Einmalzahlung zu legalisieren.

### Offenlegung

Im Falle einer Offenlegung leitet die Schweizer Bank folgende Daten an den österreichischen Fiskus weiter:

- Identität und Wohnsitz
- österreichische Steuer- und SV-Nummer
- Kunden-, Konto- und Depotnummer
- Name und Anschrift der Bank
- Kontostände

Die Finanz fordert den Kunden iwF dazu auf, die Selbstanzeige zu vervollständigen. Für die strafbefreiende Wirkung sind alle Voraussetzungen einer Selbstanzeige zu erfüllen. Die Abgabenschulden werden nach den tatsächlichen Sachverhalten errechnet und mittels eines Bescheides festgesetzt. Innerhalb eines Monats, nach Zustellung des Bescheides, muss die Abgabenschuld beglichen werden.

### Zukünftige Maßnahmen

Ab 1.1.2013, sieht das Abkommen die laufende Erhebung einer Quellensteuer auf bestimmte Kapitalerträge bei Schweizer Banken vor. Der Steuersatz beträgt 25%. Die Steuer wird ab 2014 an Österreich abgeführt. Erzielen österreichische Steuerpflichtige in der Schweiz zB Zinserträge, Dividendenerträge oder Veräußerungsgewinne, wird auf diese Einkünfte ein Steuersatz von 25% erhoben. Die Steuer entfaltet eine Abgeltungswirkung, dh. diese Einkünfte haben keinen Einfluss auf die progressive Besteuerung anderer Einkünfte. Eine Abgeltungswirkung ist für Derivate nicht vorgesehen. Wer die automatische Quellensteuereinbehaltung umgehen möchte, kann seine Bank dazu ermächtigen, die Daten des betreffenden Steuerjahres dem österreichischen Fiskus offen zu legen.

### Österreichischer Finanzmarkt

Künftig soll es für Schweizer Banken auch möglich sein, dass österreichische Kunden ohne physische Präsenz ein Schweizer Konto eröffnen können. Bedient sich die Bank zur Kundenfindung eines entgeltlichen Vermittlers in Österreich, bedarf sie zukünftig keiner österreichischen Konzession. Schweizer Banken dürfen ihren österreichischen Kunden in Zukunft auch grenzüberschreitende Informationen und Beratungsdienstleistungen anbieten. Schweizer Banken sollen ferner österreichische Universalbanken-Lizenzen schneller und einfacher erhalten können. Der Vertrieb von österreichischen und schweizerischen Kapitalanlagen soll in beiden Ländern wechselseitig erlaubt werden.

Klaus Hübner, Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhänder, sieht das Abkommen zur Besteuerung von Schwarzgeld als pragmatisch richtige Lösung und widerspricht damit Werner Doralt, der das Abkommen als nicht sinnvollen Schnellschuss kritisiert hatte. Das Abkommen sei als Angebot zum Wechsel in die Legalität zu verstehen und werde sicher genützt werden, auch wenn „für Hartgesottene“ die Möglichkeit der Anonymität aufrecht bleibe, meint Hübner. Die Meinung, dass diese Steuersünder fast ungeschoren davon kämen, lässt Hübner nicht gelten: „Bei einem Steuersatz von bis zu 38 Prozent kann davon wohl keine Rede sein.“ Das Abkommen werde vielleicht „nicht ganz die erwartete Milliarde“ bringen. Aber ein Ergebnis von einigen hundert Millionen sei im Hinblick auf die Budgetnotwendigkeiten jedenfalls besser, als wenn das Geld weiterhin schwarz bleibt und gar nicht besteuert werde. Hübner: „Mit der Einstellung von mehr Betriebsprüfern in Österreich kommt man jedenfalls nicht an die Gelder in der Schweiz.“

*Handelskammer Schweiz*
*KWT*

## Arbeitsrecht — AUSSTELLUNG EINES DIENSTZEUGNISSE

**Jedem Arbeitnehmer muss auf dessen Verlangen bei Beendigung seines Dienstverhältnisses ein schriftliches Zeugnis (= Endzeugnis) ausgestellt werden. Der Anspruch auf ein Dienstzeugnis kann vom Dienstnehmer im Notfall auch vor dem Arbeits- und Sozialgericht geltend gemacht werden und verjährt erst nach 30 Jahren.**

Der Dienstgeber ist aber nicht automatisch verpflichtet, ein Dienstzeugnis auszuhändigen. Vielmehr muss der Arbeitnehmer dies ausdrücklich verlangen. Auch während eines aufrechten Dienstverhältnisses muss der Dienstgeber auf Verlangen des Dienstnehmers ein sogenanntes „Zwischenzeugnis“ ausstellen. Bei der Beendigung eines Lehrverhältnisses ist der Dienstgeber ohne weitere Aufforderung verpflichtet, dem ausgelernten Lehrling ein Lehrzeugnis zu übergeben. Die Kosten der Ausstellung hat der Arbeitgeber zu tragen.

**Einfaches Dienstzeugnis**

Inhaltlich sieht das Gesetz ein sogenanntes „einfaches Dienstzeugnis“ vor, welches allgemeine Angaben zur Person des Arbeitnehmers, die genaue Bezeichnung des Arbeitgebers, die (rechtliche) Dauer des Arbeitsverhältnisses sowie die Art der Tätigkeit zu enthalten hat. Angaben über die Qualität der Leistungen des Arbeitnehmers („qualifiziertes Dienstzeugnis“) müssen hingegen nicht enthalten sein.

Aus der Beschreibung der Tätigkeit soll sich der Zeugnisleser ein klares Bild machen können, welche Arbeiten der Arbeitnehmer erbracht hat. Hat sich der Aufgabenbereich des Arbeitnehmers während des Dienstverhältnisses geändert, sind sämtliche Tätigkeiten aufzulisten. Eine inner- oder überbetriebliche Funktion als Interessenvertreter (Betriebsrat, Gewerkschaft) darf im Zeugnis nicht erwähnt werden.

**Entlassung oder Arbeitgeberkündigung**

Aufbau und Formulierung sind – im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften – dem Arbeitgeber überlassen. Allerdings darf ein Dienstzeugnis in Inhalt und Form nichts enthalten, das dem Arbeitnehmer das Erlangen einer neuen Stelle erschwert, etwa in Form von wertenden Aussagen. Die Formulierung „Herr Adam hat stets versucht, den Anforderungen zu entsprechen“ wäre zB unzulässig. Dies gilt auch für Angaben über die Ursache und Art der Auflösung des Arbeitsverhältnisses – vor allem bei einer Entlassung oder einer Arbeitgeberkündigung.

Das Zeugnis muss vollständig (im Sinne eines einfachen Dienstzeugnisses) und objektiv richtig sein. Ist dies nicht der Fall, könnte dem neuen Dienstgeber, der sich auf die Angaben verlassen hat, unter Umständen ein Schadenersatzrecht zustehen.

*www.sot.co.at*

WICHTIGER HINWEIS!

AB 1.7.2013

können nur mehr moderne Frankiermaschinen **mit Digitaltechnologie** verwendet werden.

Bitte informieren Sie sich rechtzeitig bei Ihrem Hersteller oder unter Frankiermaschinen@post.at

FP FRAMA Pitney Bowes neopost WE VALUE YOUR MAIL

WENN'S WIRKLICH WICHTIG IST, DANN LIEBER MIT DER POST. Post

**Strukturreport.** Die heimische Wirtschaft nutzt die Vorteile von mobiler Arbeit viel zu wenig.

# Österreichs mobile Schwachpunkte

**Österreich zählt zu den Ländern mit am höchsten entwickeltem Telekomangebot weltweit und ist auch bei der mobilen Internetnutzung führend. Doch trotz hervorragender Breitband-Infrastruktur und dem Vorteil niedrigster Telekomtarife nützt unsere Wirtschaft die Vorteile, die sich durch mobiles Arbeiten ergeben, noch in viel zu geringem Ausmaß.**

Foto: CSC Austria/APA-Fotoservice/Preiss

**Norbert Haslacher –** CEO von CSC Austria:
*„Die Mobility-Studie zeigt: Österreichs Unternehmen nützen die Chancen, die sich durch Effizienzsteigerung, mehr Flexibilität, und rascheren Kundenservice bieten, nur halbherzig. Zu oft überwiegen die Bedenken gegenüber Sicherheitsrisiken wie Datenmissbrauch. Trotz drohender Wettbewerbsnachteile hat nur ein Viertel der Unternehmen Pläne zur Integration mobilen Arbeitens.*

CSC Austria hat 300 Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Verwaltung befragt, wie in heimischen Firmen Lösungen für mobiles Arbeiten aussehen und wie diese in der Praxis akzeptiert werden *(Studie durchgeführt vom Institut meinungsraum.at, Mai 2012)*. Dabei trat außerordentlicher Aufholbedarf bei den Unternehmen zutage: Laut Mobility-Studie von CSC bieten nur zwei Drittel Möglichkeit, mobil auf Unternehmensdaten und -anwendungen zuzugreifen oder Teleworking zu nutzen. In den übrigen Unternehmen ist dies gänzlich unmöglich.

Jene Firmen, die den mobilen Zugriff auf Unternehmensdaten und Anwendungen nicht erlauben, begründen dies in der CSC-Erhebung in erster Linie mit mangelndem Vertrauen in die Sicherheit (32%) und zu wenig Wissen über die Möglichkeiten (21%). Im Bereich der Datensicherheit macht vor allem die Angst vor Datenmissbrauch 62% zu schaffen, während 40% Probleme mit Spam oder Viren befürchten. Paradox daran: 84% dieser Unternehmen hatten noch nie tatsächlich Sicherheitsprobleme, nur 11% waren schon einmal mit Spam oder Viren konfrontiert und nur 5% mit Datenmissbrauch.

### Die beliebtesten mobilen Anwendungen

In jenen Firmen, die mobilen Zugriff auf Daten und Anwendungen ermöglichen, ist damit in erster Linie die mobile Nutzung von standardisierten Anwendungen gemeint, die kein besonderes Sicherheitsrisiko darstellen: E-Mail, Kalender, Adressverzeichnisse oder Kundeninformationen.

Bereits deutlich weniger häufig wird laut CSC-Erhebung auch die Möglichkeit geboten, auf sensible Daten wie aktuelle Angebote und Aufträge oder gar auf Firmen-Laufwerke zuzugreifen. Bei vertraulichen Unternehmenskennzahlen (Performance, Lagerstand, Auslastung) oder mobilen Freigabeprozessen herrscht überhaupt große Zurückhaltung, nur bei weniger als 10% der Unternehmen ist das mobil möglich. Als die wichtigsten Vorteile bei der Nutzung mobiler Anwendungen nannten die befragten Unternehmen Schnelligkeit (85%), gefolgt von mehr Flexibilität (65%) und Einsparungen (50%). Zwei Drittel sind davon überzeugt, dass Unternehmen allgemein vom stärkeren Einsatz mobiler Anwendungen profitieren.

Große Zufriedenheit herrscht unter jenen Mitarbeitern, denen mobiler Zugriff erlaubt ist. Mehr als die Hälfte würde den Anteil mobiler Arbeit gerne noch mehr ausweiten, entweder von Zuhause aus (33%) oder von unterwegs (18%). So gut wie keiner (1%) der Befragten, denen die Nutzung mobiler Geräte möglich ist, denkt daran, in Zukunft weniger mobil zu arbeiten und wieder mehr Arbeitszeit an seinem Schreibtisch zu verbringen. „Das ist ein deutliches Zeichen für die 'Revolution von Innen', die derzeit in vielen Unternehmen vor sich geht“, analysiert Norbert Haslacher, CEO von CSC Austria & Eastern Europe. „Unternehmen, die ihren Mitarbeitern mobiles Arbeiten verwehren, werden bei jungen, qualifizierten Mitarbeitern in Zukunft immer mehr an Attraktivität verlieren.“

### Österreich muss aufholen

Unsere Unternehmen haben im internationalen Vergleich Aufholbedarf in Sachen „Mobility“, sagen drei Viertel der Befragten, ein Viertel meint sogar „auf jeden Fall“. Die eigene Firma wird im Branchenvergleich allerdings etwas weniger streng bewertet: nur die Hälfte der Befragten sieht hier einen Rückstand, 14% sogar einen deutlichen. Angehörige größerer Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern beurteilen die Situation kritischer als jene von KMU – hier sehen 65% im Branchenvergleich einen Aufholbedarf für das eigene Unternehmen.

Mögliche Wettbewerbsnachteile ergeben sich vor allem hinsichtlich weniger Flexibilität beim Kundenkontakt (37%) und durch schlechteren Kundenservice (27%). Aber auch innerhalb des Unternehmens werden von einem Viertel der Befragten Nachteile gesehen – zB bei der Zusammenarbeit. Immerhin 16% befürchten sinkende Attraktivität des Unternehmens bei potenziellen Mitarbeitern.

### Keine Mobility-Strategien in Sicht

Trotz der befürchteten Wettbewerbsnachteile setzen sich Unternehmen weiterhin viel zu wenig mit Mobility auseinander: So hat mehr als die Hälfte der Unternehmen keinerlei strategische Pläne hinsichtlich der Einführung und Weiterentwicklung mobiler Anwendungen für die nächsten Jahre. Weitere 22% können dazu gar keine Angaben machen. In jenem knappen Viertel der Unternehmen, die eine Mobility-Strategie verfolgen, dürfte diese ein gut gehütetes Geheimnis der Geschäftsführung sein – von den leitenden Angestellten wissen nur 12% darüber Bescheid.

„Dass auch unter den großen Unternehmen nur ein Viertel klare Pläne zur Integration mobiler Arbeit hat, zeigt, dass in vielen Chefetagen die große Bedeutung von Mobility in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens noch nicht angekommen ist“, kritisiert Haslacher. „Die Strategie kann aber nicht sein, einfach nur möglichst viele Personen mit mobilen Geräten auszustatten. Die Anschaffung teurer branchenspezifischer Geräte kann zB dann entfallen, wenn die Mitarbeiter mit einem beliebigen mobilen Endgerät wie etwa dem Smartphone genauso gut Daten einlesen, bearbeiten oder überprüfen können. Doch dafür wird eine gesamtheitliche Sicht auf das Unternehmen und seine Prozesse notwendig.“ In Österreich gilt etwa Wien Energie Gasnetz als Vorzeigebeispiel einer gelungenen mobilen Lösung: Die periodische Überprüfung des gesamten Wiener Gasnetzes wird mobil abgewickelt und dokumentiert. *(pj)*

**Travel-Management.** Jahrestagung der austrian business travel association (abta) in Bled, Slowenien.

# Unternehmen reisen mehr als je zuvor

**Die aktuelle Geschäftsreisestudie der abta zeigt eine durchaus positive Entwicklung des Business Travel Markts. Der Tendenz zu Video-Konferenzen und Conference-Calls zum Trotz wird eine steigende Zahl der Geschäftsreisen erwartet.**

In seinem Eingangsstatement informierte abta-Präsident Hanno Kirsch, über die Ergebnisse der kürzlich präsentierten Geschäftsreisestudie, wonach sich der Business Travel Markt sehr positiv entwickle. Als wichtiges Einsparungsfeld werde die Optimierung interner Prozesse gesehen. Eine Vermeidung von Geschäftsreisen durch Telefon- und Videokonferenzen bewirke keinen Rückgang der Reisetätigkeit zu Geschäftspartnern.

Über die Kooperation von Etihad Airways und Air Berlin Group und die sich daraus ergebenden neuen Produkten, Destinationen für Passagiere beider Gesellschaften berichteten Mohammed Nasr, Area Manager Eastern & Southern Europe von Etihad und Susi Zapletal, Head of Sales Austria NIKI Luftfahrt. Etihad, nationale Airline der Vereinigten Arabischen Emirate mit Hauptsitz in Abu Dhabi wurde 2003 gegründet und ist die am schnellsten wachsende Gesellschaft des Linienflugverkehrs. Etihad ist zu 29,2 % im Dezember bei Air Berlin eingestiegen.

Im anschließenden Vortrag von Barbara Blagusz, Autorin und Sprechtrainerin so.zu.sagen, konnten die Reisemanager erfahren, wie wichtig der Erfolgsfaktor Stimme ist, wie man mit seiner Stimme eine positive Stimmung in Beratung und Verkauf erzeugt und damit erfolgreicher wird.

Einer der Höhepunkte in Bled war das Referat von Dr. Stephan Schulmeister, Ökonom am WIFO, zum Thema EU-Fiskalpaket und Krisenmanagement. Schulmeister entwickelte eine offensive Alternativstrategie, die die wichtigsten Probleme wie Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Armut und Klimawandel gemeinsam bekämpfen würde. Dazu schlägt er die Gründung eines europäischen Währungsfonds vor, einer starken Finanzierungsagentur für die Eurostaaten, die das gesamte Management der Finanzen der Eurostaaten übernimmt. Bedingung wären allerdings feste Zinssätze von 2%. Ein solcher „New Deal“ würde laut Schulmeister Europa aus der Krise führen.

Foto: abta

*v.l.n.r.: **Dr. Stefan Schulmeister, Hanno Kirsch, Barbara Blagusz***

Über die Möglichkeiten für „Entschleunigtes Reisen“ in der Alpen-Adria Region sprach Mag. Andrea Wernig von der Alpen-Adria Universität Klagenfurt, juristische Ratschläge für den Fall der Insolvenz einer Airline gab Rechtsanwalt Mag. Stefan Kohlfürst. Über telemedizinische Konsultation als Lösung für die optimierte Betreuung von Mitarbeitern bei Auslandseinsätzen referierte Dr. med. Andrea Vincenzo Braga, Group Chief Medical Officer, Allianz Global Assistance.

Über Ethik in der Wirtschaft nach dem Motto Ora@Labora sprach Altabt Gregor Henckel-Donnersmarck vom Stift Heiligenkreuz. Seiner Ansicht nach sollten wir versuchen zu einer neuen Wirtschaftsmoral vorzudringen. Durch die Verwirklichung von Tugenden, die man aktiv, progressiv und engagiert in jeder Position ausüben kann, könne ein besseres Miteinander in der Wirtschaft erreicht werden.

Der reizende Empfang durch Bürgermeister Janez Fajfar, Eva Stravs, Bled Tourismus Direktorin und Jan Ciglenecki, Direktor des Slowenischen Tourismusbüros in Wien machte Bled für die Reisemanager zu einem unvergesslichen Erlebnis.

*www.abta.at*

## TSCHECHIEN

### ... WIE MAN ES NICHT KENNT

**Wie mährische Regionen bei österreichischen Gästen punkten wollen.**

Zu einer gemeinsamen Präsentation „Tschechien wie man es nicht kennt - Lernen Sie Mähren kennen“ luden unter der Führung der Ostmährischen Zentrale für Tourismus vier mährische Regionen – Zlin, Südmähren, Mährisch Schlesien und Olomouc (Olmütz) – sowie die Regionen Pardubice und Vysocina ins Wiener Restaurant Himmelpforte.

„Grund für dieses von der EU geförderte Projekt war das Bestreben ein komplettes Produktangebot von Mähren dem österreichischen Markt zu präsentieren sowie auch die Aufmerksamkeit auf andere Regionen als das viel besuchte Prag zu lenken“, so Petra Zbranková (links im Bild), die Direktorin der Ostmährischen Zentrale für Tourismus. Vorgestellt wurde eine ganze Palette touristischer Schätze aus Mähren: Perlen des UNESCO-Weltkulturerbes wie Kromeriz/Kremsier, historische Weinlesefeste wie Znaimer oder Palava, einzigartige Folklorefeste, Radwege entlang den Flüssen oder in Weinregionen, Urlaub in den Beskiden, das reichhaltige qualitativ hochwertige Angebot an Wellness- und Kuraufenthalten in Medical Spas wie zB das nostalgische Bad Luhacovice in der Nähe der Stadt Zlin, an der Grenze zur Slowakei.

*www.moravia-czech.eu*

# Der KMU-Innovations-Report

Foto: pixelio.de

Junge Tatkraft IN OBERÖSTERREICH

# Jungunternehmer sind innovativ, schaffen Jobs und verändern eingefahrene Strukturen

**Der unternehmerische Erfolg bedeutet für die meisten Gründer die Verwirklichung eines Lebenstraums. Und: Start-Ups von heute sind die Top-Arbeitgeber von morgen. Geschichten von KundenKartenDenkern, Wipfelschneidern, Fluchthelfern oder Keimlingsbäckern…**

Foto: Keimbrot

*Karl Mayer bäckt in seiner Keimlingsbäckerei das Bio-Dinkelkeimbrot gänzlich ohne Mehl – ein Kraftpaket für gesunde und wertvolle Ernährung*

### „mobile pocket“

Die bluesource – mobile solutions gmbh aus Hagenberg entwickelt, designed und testet mobile Marketing-Tools. Neben mobilen Apps für renommierte Unternehmen und Marken entwickelt bluesource - mobile solutions eigene Produkte und steht Agenturen als Beratungs- und Umsetzungspartner für alle Themen rund um das Mobiltelefon zur Seite. Der Fokus liegt auf Softwareentwicklung rund um das Mobiltelefon und dieser Schwerpunkt hat das Unternehmen zum Spezialisten in der Branche gemacht.

Eine der Innovationen des Teams rund um die Geschäftsführer Roland Sprengseis und Wolfgang Stockner ist „mobile-pocket“, eine Applikation für Smartphones, die es dem Nutzer erlaubt, alle Kundenkarten am Mobiltelefon zu speichern. Somit wird nicht nur das Mitführen der physischen Karte obsolet, auch das Vergessen von Gutscheinen oder Aktionen gehört der Vergangenheit an. Zu viele Plastikkarten in der Geldbörse und im schlimmsten Fall das Verpassen eines tollen Angebots, aber leider die Karte nicht dabei: Das schrie förmlich nach einer neuen Lösung, um wertvolle Stammkunden mit einem attraktiven Tool zu unterstützen, die Anzahl der Plastikkarten zu reduzieren.. Das Ziel von Sprengseis und Stockner: „Wir möchten mit 'mobile-pocket' die weltweite Marktdurchdringung erreichen.“
Gründungsjahr: 2006, 18 MA
*www.bluesource.at*

### Alles Pizza oder was?

Mit der Vision, einen Pizzaautomaten zu entwickeln, der es schafft, Kunden 24 Stunden am Tag an sieben Tagen in der Woche innerhalb von 100 Sekunden vollautomatisch mit frisch gebackenen Pizzen zu verköstigen, haben sich Klaus Haberl, Jürgen Traxler und David Kieslinger 2009, gleich nach Abschluss des Studiums der Automatisierungstechnik selbständig gemacht. Die drei Absolventen der Fachhochschule Wels haben sich nach der Gründung der Firma BistroBox intensiv mit der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Geschäftsidee „Pizzaautomat“ befasst.

Foto: Bistrobox

Nach drei Jahren harter Entwicklung wurde die erste Nullserie von fünf Stück platziert, u. a. in der Voest Alpine Stahl sowie an der Kepler Universität Linz. An den besten Standorten wurden im ersten Monat über 1700 Pizzastücke aus dem Automat gezogen, was die Erwartungen bei weitem übertroffen hat. Die Innovation von BistroBox ist jedoch nicht nur in Österreich, sondern auch international zu verwerten. Das zeigt auch das europaweit eingereichte und bereits genehmigte Patent der BistroBox-Technologie. Um diese Eigenschaften bestmöglich am Markt nutzen zu können, werden die Geräte immer in Kooperation mit vorhandenen Betreibern direkt in Unternehmen, Universitäten, Krankenhäusern, an Flughäfen oder auf Bahnhöfen aufgestellt. So zählen Kantinenbetreiber, Systemgastronomen und Automatenbetreiber zu den wichtigsten Zielkunden. Langfristig ist es das Ziel, die Marke BistroBox Schritt für Schritt aufzubauen und die Produkte weltweit über ein ausgeklügeltes Franchisemodell zu vermarkten.
Gründungsjahr: 2009, 5 MA
*www.bistrobox.com*

### Leichte Teile braucht die Welt

Peak Technology ist ein weltweit operierendes Kompetenzzentrum in der Marktnische Faserverbund-Leichtbaustrukturen, das für seine Kunden spezifische Lösungen entwickelt, die innerhalb kurzer Zeit als Prototyp oder Serienprodukt realisiert werden.

Foto: peaktechnology

Die Kernkompetenzen liegen in Entwicklung, Konstruktion und Produktion von Leichtbauteilen aus Faserverbundwerkstoffen in den Sparten Luft- und Raumfahrt, Automotive, Motorsport und Industrie.

Peak Technology hat es sich zum Ziel gesetzt, neben der Tätigkeit als Direktzulieferer kontinuierlich eigene Produkte zu entwickeln. In den vergangenen Jahren entstanden dadurch Hochdruck-Gasspeicher für Lawinen-Airbag-Rucksäcke, Gasspeicher für Formel-1-Motoren sowie Antriebs- und Kardanwellen für Helikopter und Rennfahrzeuge. Die jüngsten Entwicklungen beschäftigen sich mit Komponenten für schnelllaufende Elektromotoren sowie hocheffiziente Generatoren für Gezeitenkraftwerke. „Sehr viel Entwicklungsarbeit und auch die Hartnäckigkeit und Ausdauer, bei Rückschlägen immer Alternativen anzudenken anstatt zu resignieren“, sind für Gründer Dieter Grebner entscheidende Erfolgsfaktoren. 2012 erfolgte der Spatenstich für das neue Firmengebäude mit 3000 m² modernster Produktionsfläche in Holzhausen. Das Unternehmen musste bislang nicht mit Fremdkapital ausgestattet werden und finanziert sich bei einer Bilanzsumme von 5 Mio und einem Umsatz von 4,8 Mio Euro vollständig aus dem Cashflow.
Gründungsjahr: 2007, 40 MA
*www.peaktechnology.at*

### Am Gipfel der Wipfel

Der ausgebildete Baumpfleger Nikola Dentschev begleitet Bäume über ihren gesamten Lebenszyklus: von der Pflanzung über das Jungbaum-Alter bis zur Baumsanierung, Pflege oder Entfernung von Altbäumen. Außergewöhnlich ist allerdings die Spezialisierung des Unternehmens: Wipfel23 ist das einzige österreichische Unternehmen, das Baumfällungen mittels Helikopter durchführt.

Einen Problembaum mit dem Helikopter zu fällen, ist oft die wirtschaftlichere Lösung als mit dem Kran, manchmal sogar die einzige Lösung. Mit dem Helikopter ist Dentschev auch in der Lage, große Bäume an kritischen Stellen zu pflanzen oder zu entfernen. „Aus Kundensicht sind wir viel schneller und auch billiger in der Ausführung. Was im herkömmlichen Verfahren eine Arbeitswoche für vier Personen bedeutet hat, können wir innerhalb von vier Stunden erledigen, ohne den Boden zu beschädigen.“ Dentschevs Kunden sind Immobilienverwaltungsgesellschaften, Privatkunden mit einzelnen Bäumen oder Großbaumbeständen, Kommunen oder Firmen mit großen Arealen. Ziel ist es, dass Wipfel23 europaweit ein etablierter Anbieter von Sonderleistungen in der Baumpflege wird.
Gründungsjahr: 2010, 1 MA
*www.wipfel23.at*

Foto: Wipfel23

### Beste Hilfe für die „Flucht“ in den Urlaub

„Das Reisebüro „Fluchthelfer“ ist – so die Eigendefinition von Barbara Hörmanseder – eigentlich ein „normales Reisebüro in einem etwas verrückten Kleid“. Die gängigen Veranstalter und Angebote haben die „Fluchthelfer“ wie jedes andere Reisebüro auch, zeichnen sich aber durch absolut kundenorientiertes Auftreten aus, auch die Öffnungszeiten sind auf Kundenbedürfnisse abgestimmt. „Geht nicht, gibt's nicht“ ist der Leitsatz der jungen Firma, die alles unternimmt, um dem Kunden seinen persönlichen Traum vom Urlaub möglich zu machen.

„Anfangs war die Zielgruppe durch unsere 'Verrücktheit' eher die Jugend, doch es hat sich in eine sehr individuelle Schiene entwickelt, die von jung bis alt alle anspricht“, berichtet Hörmanseder über den erfolgreichen Verlauf. „Was uns noch von der Masse abgrenzt, ist, dass wir in Bezug auf Internetbuchungen gegen den Strom schwimmen, da wir keinerlei Möglichkeit bieten, im Internet zu buchen.“ Der persönliche Kontakt ist der Firmenchefin ganz besonders wichtig, denn „wir sind Menschen und wir können ohne Computer miteinander sprechen.“ Mit dieser Positionierung hat es Barbara Hörmanseder geschafft, sich in der großen Menge an Reisebüros zu positionieren. „Wir sind immer für unsere Kunden da, egal wie ungewöhnlich die Wünsche auch sind.“ Hörmanseder möchte in absehbarer Zeit auch Filialen zB in Enns eröffnen.
Gründungsjahr: 2010, ein Lehrling
*www.fluchthelfer.at*

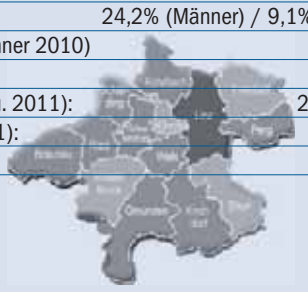
### Der Keimlingsbäcker

Karl Mayer aus Schardenberg erzeugt gemeinsam mit seiner Frau Maria hochwertige Backwaren. Es wurde eine eigene Keimanlage entwickelt, in der durch Feuchtigkeit, Wärme, Licht und Sauerstoff punktgenau gekeimte Körner, Leguminosen und Kleesorten bis zu einer sehr hohen Nährstoffkonzentration gekeimt werden. Der Keimlingsbäcker Mayer erreicht dadurch in seinem Premiumprodukt, dem Bio Dinkelkeimbrot (bestehend aus 100% Bio Dinkelkeimlingen, Steinsalz und Wasser), einen extrem niedrigen Kohlehydratwert (weil das Korn in Richtung Pflanze keimt). Die im Korn gebundenen Mineralstoffe und Spurenelemente werden beim Kreisprozess aufgeschlossen und dadurch bioverfügbar, auf natürliche biologische Weise. Das Bio Dinkelkeimbrot wird ohne Mehl, ohne Hefe und ohne irgendwelche Zusatzstoffe hergestellt.

Das Credo lautet: Faire Preisgestaltung vom regionalen landwirtschaftlichen Produzenten bis zum Konsumenten, denn gesunde Ernährung soll für alle leistbar sein. Beliefert werden derzeit ca. 20 Wiederverkäufer in ganz Österreich. Dieses Vertriebsnetz soll heuer um 50% wachsen. Kunden sind Biomärkte, Privatkunden, Gastronomie, Kurhäuser und Thermen. Starke Nachfrage kommt von Reformhäusern. Ein wichtiger Geschäftsbereich ist auch der Internetversand. „Das Besondere an uns ist, dass seit meiner Arbeitslosigkeit 2009 unsere Geschäftsidee voll und ganz aufgegangen ist und dass wir jetzt nach drei Jahren Aufbauarbeit bereits flächendeckend in ganz Österreich Kunden und Wiederverkäufer mit hochwertigen Keimlingsbackwaren versorgen können.“
Gründungsjahr: 2009
*www.keimbrot.at* *(pj)*

## Wirtschaft & Arbeit — OBERÖSTERREICH

| | |
|---|---|
| Erwerbstätigenquote (2010): | 80,4% (Männer) / 67,6% (Frauen) |
| Gesamtbeschäftigte (2011): | 619.000 |
| - davon im Öffentlichen Dienst (2009): | 56.541 |
| Bruttoregionalprodukt je Einwohner (2009): | EUR 32.800 |
| Arbeitslosenzahl und -quote (05/2012): | 23.211 / 3,6% |
| Forschungsquote (in % des BIP 2009): | 2,59% |
| Maturanten-/Akademikerquote (2010): | 24,2% (Männer) / 9,1% (Frauen) |
| Tourismusintensität (Übernachtungen pro Einwohner 2010) | 4,89 |
| Unternehmensneugründungen (2011): | 5.434 |
| Unternehmensinsolvenzen (1. Qu. 2012 / 1. Qu. 2011): | 226 / 227 |
| Unternehmen Gesamt (Arbeitgeberbetriebe 2011): | 36.194 |



Fläche: 11.980 km²
Bevölkerung (2011): 1.412.640
18 Bezirke, 444 Gemeinden
*Quelle: Statistik Austria, WKO, Creditreform,*

Bewusst. Ökologisch. Innovativ. Einzigartig.
Österreichische Spitzenleistungen im Lexpress KMU-Report.
Lexpress berichtet zu Ihrem Betrieb im KMU-Report:
Tel. +43-(0)1-890 03 61 - 10 oder E-Mail: redaktion@lex-press.at

**Überlegungen zum Sozialstaat.** Ein vernünftig dimensioniertes soziales Netz ist unverzichtbar und ein wichtiger Standortfaktor.

# Warum ist „intelligent sparen UND in die Zukunft investieren“ eigentlich so schwierig?

**Gerade in den Bereichen Gesundheit, Pensionen und Arbeitsmarkt brauchen Menschen gegen die Unwägbarkeiten des Lebens eine solide soziale Absicherung und die Solidarität der Gesellschaft. Nur durch ein ordentliches soziales Netz kann dem Einzelnen in Notlagen rasch geholfen, Ungerechtigkeiten gemindert und Perspektiven für die persönliche Zukunft geschaffen werden.**

Soziale Sicherheit – im Sinne des Wissens um ein soziales Netz, das im Ernstfall greift – ist für die Erbringung von Leistung eine Grundvoraussetzung und daher auch aus Sicht der Wirtschaft ein wichtiger Erfolgsfaktor. Sozialer Friede, für den Österreich seit Jahrzehnten steht, ist wiederum ein immer wichtig werdender Standortfaktor, den auch Betriebsgründer und Investoren schätzen. Österreich verfügt über ein dicht geknüpftes soziales Netz und punktet mit einer der niedrigsten Armutsquoten Europas. Was allerdings nicht vergessen werden soll: Die Sozialabgaben müssen, bevor sie die Politik verteilt, erst einmal erwirtschaftet werden.

### Sozialstaat am Scheideweg

56% der Staatsausgaben entfallen inzwischen auf die Bereiche Soziales und Gesundheit (mit stark steigender Tendenz). Wer den Sozialstaat in seiner jetzigen Form unverändert fortschreibt und den Bürgern für die Aufrechterhaltung überteuerter, ineffizienter und sozial oft ungerechter Strukturen noch mehr in die Tasche greift, riskiert daher mittelfristig den Zusammenbruch und die Unfinanzierbarkeit des sozialen Netzes. Unser Sozialsystem ist häufig rückwärtsorientiert und bildet die soziale Realität nicht mehr wirklich ab, wie einige Beispiele drastisch beweisen:

■ Österreich setzt im Gesundheitsbereich fast ausschließlich auf „Reparaturmedizin“: Nur 1,9% der Gesundheitsausgaben werden für Prävention/Vorsorge aufgewendet (EU-Schnitt 2,9 %).

■ Das österreichische Arbeitsrecht des 21. Jahrhunderts ist voll von überzogenen Schutzbestimmungen und überbordender Bürokratie – hinzu kommt die Abwälzung vieler Risiken und Lasten auf die Unternehmer. Das heimische Arbeits- und Sozialrecht wird dominiert von unselbständig Beschäftigten, deren Rechte kontinuierlich ausgebaut wurden, während das Pflichtenheft des Arbeitgebers immer umfangreicher wurde.

■ Statt neue Beschäftigungsformen wie Teilzeit oder Zeitarbeit als Chance zu begreifen und zu forcieren, werden diese – gegen den Willen der Betroffenen – schlecht geredet bzw wird versucht, diese durch gesetzliche Verschlechterungen unattraktiv zu machen.

■ Gerade bei KMU ist die soziale Schieflage besonders hoch: Obwohl sie hohe Sozialabgaben leisten, bezahlen sie für die freiwillige Arbeitslosenversicherung doppelt so viel wie ihre Mitarbeiter und erhalten weniger Schulbeihilfe und Wochengeld. Das Krankengeld wir den Selbständigen bis dato ebenso verweigert.

■ Wenn die Abgabenbelastung bis zu 71,4% des Einkommens beträgt und somit jeder bis zum 31. Juli eines Jahres nur für den Staat arbeitet, ist die Schmerzgrenze für leistungsorientierte Menschen weit überschritten. Wo bleibt die soziale Symmetrie, wenn jeder der 1,9 Millionen Nettotransferzahler drei Transferbezieher schultert?

■ Obwohl es in Österreich die höchsten Sozialtransfers innerhalb der gesamten EU gibt, landen nur 14% bei den einkommensschwächsten Haushalten.

■ Österreich zahlt europaweit die höchsten Nettopensionen, verzeichnet die meisten Frühpensionisten des Kontinents und privilegiert zB durch die Hacklerpension einzelne Gruppen massiv. Zahlen werden die Zeche die heute unter 30-Jährigen, ohne dass sie selbst eine nur annähernd ähnlich gute Altersversorgung genießen werden.

■ 72% des Gesamtsteueraufkommens tragen jene, die mehr als 2.800 Euro brutto monatlich verdienen. 48% der Einkommensbezieher zahlen überhaupt keine Lohn- und Einkommenssteuer mehr.

■ Von 100 Euro brutto bleiben einem alleinstehenden Dienstnehmer nur 48,80 Euro netto. Nicht das Bruttoeinkommen, sondern dessen überproportionale Belastung mit Steuern und Sozialversicherungsabgaben sind das Problem.

■ Jedes Neugeborene ist heute mit 97.950 Euro vorbelastet, insgesamt ist die nächste Generation mit 784 Mrd Euro in der Kreide. Der uferlose Sozialstaat von heute wird zur Hypothek für die Generation von morgen.

■ Obwohl Österreich mit seinen Gesundheitsausgaben auf Platz 4 in der EU liegt, belegen wir bei den „erlebten gesunden Jahren“ nur Platz 20 in der EU. Die enorme Spitalslastigkeit des Systems – Österreich hat die höchste Akutbettendichte und die höchste Krankenhaus-Einweisungsrate Europas – verteuert das System, ohne den entsprechenden Nutzen zu generieren.

■ Die in Österreich im EU-Vergleich hohe Umverteilungsquote (das untere Einkommensdrittel zahlt 13% der Steuern und erhält 43% der Sozialtransfers bzw zahlt das obere Einkommensdrittel bei gleichen Gesundheitsleistungen fünfmal so hohe Beiträge als das untere Einkommensdrittel) belastet vor allem den Mittelstand und zieht hohe Kosten für die Sozialbürokratie nach sich.

### Ja, es gibt Sozialmissbrauch

■ Selbstbehalte sind ein taugliches Lenkungsinstrument, wie man bei den Selbständigen sieht, die nur halb so oft wie ihre Mitarbeiter zum Facharzt gehen und trotzdem länger leben. Dort, wo – sozial gestaffelte – Eigenbeteiligungen fehlen, erfolgt die Inanspruchnahme von Sozialleistungen mitunter willkürlich, weniger wertschätzend und ohne Eigenverantwortung.

■ Sozialmissbrauch gilt hierzulande als Kavaliersdelikt, egal ob man unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in die Frühpension geht, neben dem Arbeitslosengeldbezug professionell pfuscht oder einfach krank feiert. Ein über die Jahre geschürtes, möglichst bald in Pension zu gehen – führt in Verbindung mit niedrigen Hemmschwellen bei der Leistungsinanspruchnahme zu einem Konsum von Sozialleistungen durch Personen, für die diese eigentlich nicht gedacht sind.

### Wir brauchen mehr Effizienz

Der Sozialstaat sollte vor allem jene unterstützen, die – ohne Eigenverschulden – in eine Notlage geraten sind. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob jemand selbständig oder unselbständig ist. Gleichzeitig muss jeder Missbrauch des Systems als persönliche Bereicherung zu Lasten der wirklich Bedürftigen anzusehen sein. Sämtliche Pensionsprivilegien – von der Hacklerregelung bis zu den ungleich geregelten Zuverdienstmöglichkeiten – sollten eliminiert werden. Handlungsbedarf besteht auch im Bereich der sozialen Gleichbehandlung: Selbständige müssten in allen Bereichen (Krankengeld, Berufsschutz, Wochengeld etc) den übrigen Bevölkerungsgruppen gleichgestellt werden.

### Das Prinzip Eigenverantwortung

Der Bürger hat gegenüber dem sozialen Netz, das er mit seinen Beiträgen finanziert, klar geregelte Leistungsansprüche. Im Rahmen seiner Möglichkeiten muss er aber auch selbst seinen Beitrag dazu leisten, das Sozialsystem nur im notwendigen Ausmaß zu belasten. Für eine Vollkaskomentalität, die alles vom Sozialstaat fordert und gleichzeitig jeden eigenen Beitrag negiert, darf kein Platz mehr sein.

### Internationale Benchmarks im Vergleich

Auch wenn das österreichische Sozialsystem grundsätzlich funktioniert und der Standard in vielen Bereichen hoch ist, ein Blick über die Grenzen sei empfehlenswert. Viele andere Länder in der EU erzielen ähnlich gute und zum Teil bessere Ergebnisse – allerdings mit deutlich geringerem Mitteleinsatz. So glänzen etwa die Schweiz oder die skandinavischen Länder mit einer sehr effektiven und letztlich billigeren Arbeitsmarktpolitik, die ganz dem Grundsatz „fordern und fördern“ verpflichtet ist: Wer arbeitslos wird, wird vom System aufgefangen, muss aber für praktisch jede Vermittlung – bei sonstiger Sanktion – offen sein. Schweden zeigt zB bei den Pensionen vor, wie es gehen könnte: Hohe und spürbare Zu- und Abschläge für längeres/kürzeres Arbeiten sowie eine raschere Anpassung des Frauenpensionsalters an jenes der Männer haben dort den faktischen Pensionsantritt rasch erhöht – eine Maßnahme, die auch Österreichs Sozialbudget um 1,1 Milliarden Euro jährlich entlasten und andere schmerzhafte Einschnitte wie zB Pensionskürzungen überflüssig machen würde. Und wer sich unsozial verhält und etwa bei bester Gesundheit einen Krankenstand vortäuscht, wird in Deutschland nach einem eigenen Betrugstatbestand verurteilt.

*(pj)*

**Transparency International analysiert die neuen Bestimmungen zur Bekämpfung der Korruption.**

# Ungereimtes beim Transparenzpaket

**Das am 27. Juni 2012 vom Nationalrat beschlossene Transparenzpaket besteht aus mehreren Gesetzen von unterschiedlicher Güte. Kernstück ist das neue Parteiengesetz mit seinen Regelungen über die Spenden an politische Parteien.**

Dr. Franz Fiedler, Präsident des Beirats von Transparency International – Austrian Chapter (TI-AC), begrüßt grundsätzlich das Gesetz, sieht aber das Zustandekommen nicht aus eigenem Antrieb der Parteien, vielmehr aufgrund massiven Drucks auf internationaler Ebene, wie durch GRECO und OECD. Positiv am Parteiengesetz seien zB hervorzuheben:

■ die Transparenz bei Spenden über 3.500 Euro
■ die Zusammenrechnung der Spenden auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene
■ das Verbot der Annahme von Spenden seitens der politischen Parteien und nahestehenden Einrichtungen insb. von Unternehmungen, an denen die öffentliche Hand mehr als 25% beteiligt ist
■ die Transparenz auch von Sponsoring für politische Parteien und für Einschaltung von Inseraten in Parteizeitungen
■ die Sanktionen für Verstöße gegen das Gesetz.

Weitaus weniger positiv merkt Fiedler an, dass dem Rechnungshof nur eingeschränkte Prüfungstätigkeit zukommt, da es ihm nicht gestattet ist, in die Parteikassen Einblick zu nehmen.

### Strafrechtlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Korruption

■ Abgeordnete, Regierungsmitglieder und Bürgermeister unterliegen künftig sämtlichen Strafbestimmungen im Zusammenhang mit der Korruption
■ die Strafbestimmungen gelten künftig für die Organe und Bediensteten aller der Prüfungszuständigkeit des Rechnungshof unterliegenden Einrichtungen, also zB auch für Organe und Bedienstete der ÖBB, der ASFINAG, der Post und der öffentlichen Energieversorger.

Als Negativum kritisiert TI-AC, dass das neue "Anfütterungsverbot“ von Amtsträgern nicht jene Strenge aufweist, wie sie im Jahre 2008 vom Gesetzgeber beschlossen wurde. Deutlich negativer fällt die Beurteilung des Lobbyistengesetzes aus, ungeachtet der Tatsache, dass es bisher diesbezüglich überhaupt keine gesetzlichen Regelungen gab. „Dass im Zusammenhang mit dem Transparenzpaket die staatliche Parteienförderung nicht unwesentlich angehoben wird, muss gerade in Zeiten des Sparpakets auf Unverständnis der Bevölkerung stoßen. Dies leistet gewiss keinen Beitrag zu einer allgemeinen Akzeptanz des Transparenzpakets, was nach der Intention der politischen Parteien ganz offenkundig beabsichtigt war“, so Dr. Fiedler.

## BUCHTIPP

### DEPRESSION IST HEILBAR

**Das Sechs-Schritte-Programm ohne Medikamente**

Auf der Suche nach einer wirksamen Therapie stieß Stephen S. Ilardi auf die erstaunliche Tatsache, dass Depressionen bei indigenen Völkern unbekannt sind. Verfügen diese über natürliche Selbstheilungskräfte, die der moderne Mensch verloren hat? Nach jahrelanger klinischer Forschung fand Ilardi schließlich die Lösung: Es ist unser westlicher Lebensstil, der uns anfällig für Depressionen macht. Zu wenig Schlaf, Bewegungsmangel, schlechte Ernährung und das irrsinnige Tempo des 21. Jahrhunderts verursachen Stress und zerstören das „psychische Abwehrsystem“ des Körpers. Wenn es gelingt, unseren Lebensstil zu ändern, können wir die Depression heilen.

Die sechs Schritte des von Ilardi initiierten Therapieprogramms lauten: Omega-3-Fettsäuren (Ernährung), Handeln statt Grübeln, Bewegung, Licht, soziale Beziehungen und Schlaf. Anhand von Fallbeispielen und wertvollen Hintergrundinformationen erklärt der Autor Schritt für Schritt, wie wir völlig medikamentenfrei einer hochkomplexen Krankheit ein Ende setzen. „Der menschliche Körper war nie für die moderne postindustrielle Welt bestimmt“, schreibt Ilardi. Er meint, die Menschheit habe auch 2012 noch „Steinzeitgene“ in sich und sei einfach nicht dazu bestimmt, mit der Isolation, der Stubenhockerei, dem Schlafmangel, dem Fast-Food und dem stressgeplagten Tempo des Lebens im 21. Jahrhundert fertig zu werden ...

Autor: Stephen S. Ilardi
320 Seiten,
Preis: 18,50 Euro
ISBN: ISBN 978-3-424-63036-7
Kailash

**Quality Austria.** Qualität im Unternehmen beugt Stress vor und hilft Burnout zu vermeiden.

# Stresslöser Qualitätssicherung und –management

**Es geht in diesem Artikel nicht darum, den Stresstest für Unternehmen zu fordern, nein, ganz im Gegenteil. Es geht vielmehr um die Frage, wie man Stress und damit die Gefahr der Demotivation, der Frustation, der Erschöpfung und des Burnouts der Mitarbeiter vermeiden kann. Burnout wird heute oft auf die Arbeitswelt zurückgeführt.**

Ist die Verbindung von Qualitätssicherung und –management als Stresskiller im Unternehmen an den Haaren herbeigezogen? Ein klares Nein. Mag. Sandra Velasquez, klinische und Gesundheitspsychologin sowie Wirtschaftspsychologin, hat diese Verbindung im Rahmen einer Veranstaltung aufgezeigt. Das Interessante dabei, dass sie selber praktische Erfahrungen im Qualitätsmanagement hat. Stress hat in der Regel immer mehrere Ursachen.

### Es ist eine Frage der Kultur

Welche Werte bestimmen die Unternehmenskultur? Welche Werte werden von der Geschäftsführung vorgelebt? Sind es Vertrauen und Offenheit oder Mißtrauen und Kontrolle? Erlaubt es die Unternehmenskultur, Fehler offen kommunizieren zu können oder liegt dann hier der Fokus auf Schuldzuweisungen? Geht man hier der Ursache methodisch auf den Grund?

### Klare Rollen schaffen

Und wieder beginnt es bei der Führung, das Arbeitsumfeld richtig zu gestalten, die Kompetenzen festzulegen. Viele Unternehmen haben heute Stellenbeschreibungen. Wie aktuell sind diese? Wie klar sind sie formuliert? Gibt es Überlappungen zwischen verschiedenen Aufgaben und wie sind die Kompetenzen, auch Entscheidungen treffen zu können, geregelt. Veraltete, unklare, unvollständige Stellenbeschreibungen führen in der täglichen Arbeit immer wieder zu Konflikten.

### Prozesse effizient gestalten

Aus der praktischen Audit-Erfahrung der Quality Austria sowie aus Studien wissen wir, dass Prozessabläufe zum Teil nicht bekannt sind, unklare Zielvorgaben vorliegen, Prozesse nicht eingehalten werden oder die Kommunikation mangelhaft ist und es an der Abstimmung zwischen den Abläufen fehlt. Insbesondere die letzten beide Gründe sind maßgeblich verantwortlich für die nicht zufriedenstellende Abwicklung von Geschäftsabläufen. Es geht hier also um die Klarheit der Aussage, um die gezielte Kommunikation im Strategiemeeting, in der Projektbesprechung oder im Mitarbeitergespräch.

### Sicheres Arbeitsumfeld

Im Berufsalltag gibt es immer wieder kritische Situationen und Gefahren. Damit einher gehen Stressmomente, insbesondere bei Beinaheunfällen und Unfällen. Welche Bedingungen werden hier im Sinne der Arbeitssicherheit und des Gesundheitschutzes geschaffen, damit jeder Mitarbeiter am Ende des Tages gesund wieder nach Hause gehen kann? Wie wird Sicherheit groß geschrieben und von der Führung vorgelebt? Wie werden sicherheitstechnische Aspekte in die Abläufe integriert? Wie werden Mitarbeiter informiert und geschult, damit die Anforderungen in Fleisch und Blut übergehen.

### Fehlende Kompetenz führt zu Überforderungen und möglichen Fehlern

Sind Mitarbeiter in der Ausübung von Aufgaben sehr gefordert oder sogar überfordert, führt auch dieser Umstand zu Unsicherheit und zu Stress. Die Gefahr von Fehlern steigt, was wiederum einen unmittelbaren Einfluss auf die Produktqualität haben kann. Insbesondere bei neuen Produkten und Aufgaben ist es daher wichtig, in die Kompetenzentwicklung der Mitarbeiter zu investieren durch Schulungen. Mitarbeiter, die jedoch am Stand des Wissens sind, die gewohnt sind, auch selbständig zu arbeiten, deren Bewusstsein für Qualität und Sicherheit sensibilisiert ist, gehen leichter und besser mit neuen Anforderungen und Situationen um und sind weniger gestresst als jene, die nicht unterwiesen (zB Sicherheitsunterweisung), geschult (zB Qualitätsmethoden) und gefördert (zB Mitarbeitergespräche), wurden.

Foto: Quality Austria

**DI Axel Dick, MSc** – Prokurist, Quality Austria Trainings-, Zertifizierungs- und Begutachtungs GmbH
*„Kompetente Mitarbeiter mit Bewusstsein für Qualität und Sicherheit“.*

### Mangelnde Qualität führt zu Reklamationen und diese erzeugen Stress

Am Ende steht der Kunde, der ein Produkt oder eine Dienstleistung mit konkreten Qualitätseigenschaften wünscht. Aber gerade KMU sind hier besonders gefordert, denn eine schlechte Leistung spricht sich schnell herum. Die Kosten aufgrund von Imageverlusten und für die Wiedergutmachung von Fehlern schmälern den Gewinn oder können in manchen Fällen auch existenzgefährdende Ausmaße annehmen. Das erzeugt Stress auf allen Ebenen im Unternehmen. Personen, die Kundenbeschwerden entgegennehmen, müssen besonders stressresistent sein. Tatsache ist, dass gerade Gewerbebetriebe in der Behandlung von Reklamationen unprofessionell umgehen und in vielen Fällen auf Beschwerden gar nicht reagieren.

qualityaustria
Erfolg mit Qualität

**INFORMATIONEN**

**QUALITY AUSTRIA TRAININGS-, ZERTIFIZIERUNGS- UND BEGUTACHTUNGS GMBH**
Zelinkagasse 10/3, 1010 Wien
Tel. +43-(0)1-274 87 47
E-Mail: office@qualityaustria.com
**www.qualityaustria.com**

**NEU BEI QUALITY AUSTRIA**

**LEHRGANGSREIHE ENERGIEMANAGEMENT STARTET AM 15. OKTOBER 2012**
Entsprechend des Vorentwurfs Bundes-Energieeffizienzgesetz § 10. (1) haben Unternehmen sowie der Bund, vertreten durch das jeweilige Bundesorgan gemäß Anhang II, für jede Betriebsstätte, jeweils eine fachlich geeignete Person als Energiebeauftragten sowie als Stellvertreter zu bestellen, sofern mehr als 50 Beschäftigte an dieser Betriebsstätte ganzjährig tätig waren.

Die Quality Austria bietet aufgrund dieser aktuellen Brisanz die offiziell 2013 startende Lehrgangsreihe Energiemanagement bereits heuer zum Einführungspreis an.

**Informationssicherheit – Challenge Cyberwar.** Unstrukturierte Schutzsysteme in der IKT-Landschaft.

# Cyberwar bedroht Wirtschaft und Regierungen

**Cyberwaffen wie der neue Computer-Virus „Flame“ seien berechtigt, um Teheran von der Atomwaffen-Entwicklung abzuhalten, verlautbarte Israels Armee-Rundfunk vor kurzem. Zwei Jahre zuvor hatte der Cyberwurm „Stuxnet“ in der iranischen Atomanlage Natans Zentrifugen lahmgelegt.**

Zum Thema „Cyberwar“ hatten CIS und Quality Austria – als Veranstalter des 8. Information-Security-Symposiums – den bekannten Trendforscher Roland Benedikter nach Wien eingeladen. Der gebürtige Südtiroler lehrt an der Stanford University im Zentrum des Silicon Valley: „Informationssicherheit und globale Entwicklungen sind eng verzahnt“, erklärt Benedikter. „Während die Wirtschaftsspionage via Internet boomt, werden auch Kriege auf virtueller Ebene mittels Hackerangriffen geführt, wie zuletzt im Iran, in China und den USA.“

### Milliarden-Budgets

Dazu kursieren beeindruckende Zahlen: So sollen die USA jährlich elf bis 30 Mrd Dollar F&E-Budget in Cyberwar-Technologien investieren. China gilt als Quelle der weltweit meisten Hacker-Angriffe und verfügt laut Schätzungen über eine Truppenstärke von militärischen Cyber-Spezialisten im Ausmaß von weit mehr als 50.000 Personen.

### Kern-Industrien bedroht

Bis zu 30 Prozent der Wirtschaftleistung einer Industrienation entsteht heute Computergesteuert. Dazu gehören der Energiesektor, Verkehr, Telekommunikation, Bankwesen oder auch das Gesundheitswesen. „Wenn alles miteinander verbunden ist, kann auch alles angegriffen werden“, beleuchtet Security-Experte Erich Scheiber die simple Logik der „Gefahr im System“. So könnten im Falle von Cyberangriffen nicht nur Regierungsnetze, sondern auch Schlüsselindustrien betroffen sein. „Einige der im Umlauf befindlichen Schadprogramme sind potenziell in der Lage, den Aktienhandel zu manipulieren, den Luftverkehr lahmzulegen, Geldströme umzulenken oder die Stromversorgung zu blockieren“, warnt Roland Benedikter.

### Sicherheit oft nur punktuell

Schutzsysteme für Informationssicherheit können demnach nur fruchten, wenn sie durch prozessorientiertes – sprich: abteilungs- und organisationsübergreifendes Security-Management Sicherheitslücken systematisch schließen und ständig weiter verbessert werden. So lautet der Tenor der Veranstaltung, auf der der weltweite Standard für Informationssicherheit ISO 27001 sowie ISO 20000 für IT-Service-Management im Mittelpunkt standen. „Man soll es kaum glauben, aber in der Praxis zeigt sich auch bei Schlüsselunternehmen und kritischen Regierungsnetzwerken, dass oftmals der Überblick über die Sicherheitseinrichtungen fehlt. Netzsegmente werden oft punktuell statt systematisch abgesichert und laufende Anpassungen an neueste Bedrohungen erfolgen ohne strukturiertes Security-Management nicht konsequent genug“, berichtet Erich Scheiber aus internationaler Projekterfahrung – CIS ist mit Sicherheitszertifizierungen in rund 30 Nationen tätig.

Fotos: Anna Rauchenberger

**Dr. Roland Benedikter** – Key Speaker am 8. Wiener Information-Security-Symposium; FS Institute for International Studies, Stanford University.
*„Im Wechselspiel der Professionalisierung steigt nicht nur das Niveau der Informationssicherheit rapide an, sondern auch die potenzielle Bedrohung“.*

Den wachsenden globalen Bedrohungen könne nur mit standardisiertem Vorgehen wirksamer als bisher begegnet werden. Hundertprozentigen Schutz gebe es nie, aber eine Annäherung an diesen Zustand – durch systematische Ansätze wie es mit dem dafür entwickelten Standard ISO 27001 möglich sei.

### Schutzsysteme nach ISO 27001

Laut dem aktuellen ISO-Survey waren im Jahr 2010 bereits mehr als 15.600 Unternehmen und Organisationen, darunter auch große Regierungseinheiten, weltweit nach dem Security-Standard ISO 27001 zertifiziert. Pro Jahr kommen 2.000 bis 3.000 dazu. Hochgerechnet dürfte die Zahl der Zertifikate Mitte 2012 bei rund 20.000 liegen. In Österreich sind wichtige Schlüsselorganisationen und -unternehmen bereits nach ISO 27001 zertifiziert. Die Branche mit den meisten Zertifikaten ist der Energiesektor, gefolgt von IT-Service-Anbietern, dem Finanzsektor und dem Gesundheitsbereich. Auch wichtige öffentliche Verwaltungseinheiten wie Ministerien sind Vorreiter.

Während Unternehmen oftmals über das punktuelle Umsetzen von Security-Maßnahmen stolpern, verfolgt der internationale Standard für Informationssicherheit ISO 27001 einen „ganzheitlichen Management-Ansatz“. Neben einer klaren Struktur für IT-sicherheitstechnischen Aspekte umfasst er auch die Security-Organisation. Dazu gehören Mitarbeiter-Awareness, Sicherheitsregeln wie das 4-bis-16-Augen-Prizip oder physische Sicherheit wie Gebäudeschutz. Welche Security-Maßnahmen an welchen neuralgischen Punkten im Unternehmen in welcher Schärfe und mit welchen wirtschaftlich vertretbaren Aufwand umgesetzt werden müssen, werden laut ISO 27001 mittels Risikoanalyse eruiert. Dadurch können Sicherheitsmaßnahmen greifen und wirken damit nicht nur gegen technische Angriffe, sondern auch gegen menschliche. Ein ISO-27001-zertifiziertes Unternehmen erfüllt den gesetzlich geforderten Sorgfaltsgrundsatz und minimiert damit das Haftungsrisiko bei Datenschutzklagen.

**Erich Scheiber** – Geschäftsführer der Zertifizierungsstelle für Informationssicherheit CIS in Wien.
*„Alle zwei Sekunden entsteht weltweit ein neues Schadprogramm. Europas Regierungen verzeichnen vier bis fünf Hacker-Angriffe täglich in ihren Netzwerken“.*

**INFORMATIONEN**

**CIS - CERTIFICATION & INFORMATION SECURITY SERVICES GMBH**
Salztorgasse 2/6/14, 1010 Wien
Tel. +43-(0)1-532 98 90
E-Mail: office@cis-cert.com
**www.at.cis-cert.com**

**Kommentar.** Das Grünbuch zur Telekommunikation – eine „Erfolgsgeschichte“ im Überblick.

# 25 Jahre Telekom-Liberalisierung – der verlorene Sex-Appeal

**Sie erinnern sich noch: Das Viertel-Telephon, die ganz alten Wahlscheiben mit der kryptischen Buchstabenkette „ZYLMURBAFI“, die Wartezeit zwischen Antrag an die Behörde (!) und Bereitstellung eines Telefonanschlusses, das Pickerl „Fasse Dich kurz!“, das erste Tastentelefon als Symbol des Fortschritts und kiloschwere „Mobiltelefone“ in der Größe eines Aktenkoffers. Selige Zeiten einer planwirtschaftlichen Versorgung mit Bezugsschein-Charakter, aber ohne Zwang zum Tarifvergleich.**

Vor genau 25 Jahren erschien ein Dokument der Europäischen Gemeinschaften mit dem etwas sperrigen Titel: „Auf dem Wege zu einer dynamischen europäischen Volkswirtschaft, Grünbuch über die Entwicklung des gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte KOM(87) 290, Juni 1987“. Auf über 200 Seiten wurde im besten „EU-Obskuranto“, wie manche die behördliche Diktion der EU nennen, in aller Trockenheit eine Revolution vorbereitet.

### Die Liberalisierung

Das Ende von Staatsmonopolen, Mischkalkulation und Quersubventionierung war gekommen – nicht freiwillig, aber der wettbewerbliche Druck, der damals vor allem von den USA ausging, machte eine Änderung der europäischen Bedingungen unumgänglich. Auch innerhalb Europas waren die Strukturen stark differenziert: Skandinavien zog mit der Mobiltelefonie voran (NMT Nordic Mobile Telephony), Frankreich hatte sein Minitel – und andere hatten gar nichts oder führten neue Technologien und Dienste nur unter massivem externen Druck ein. Und sicherheitshalber wurden zu einzelnen Diensten auch gleich entsprechend strenge Gesetze überlegt (Paradebeispiel Bildschirmtext BTX), um ja keine Freiheiten entstehen zu lassen. Sie meinen, das klingt irgendwie österreichisch? Erkannt!

### Eroberung des Marktes: Dynamische Entwicklungen in allen Bereichen

Der Autor hatte 1989 das „Vergnügen“, anlässlich einer Bestandsaufnahme über die rechtlichen Bedingungen eines allfälligen EU-Beitritts Österreichs für seinen Hinweis auf das Grünbuch und die darin enthaltenen Ziele brüsk zurechtgewiesen zu werden: das alles sei doch Phantasie, in Österreich funktioniere doch der Markt (Ha! Welcher Markt?) ohnedies bestens, die einschlägige heimische Industrie sei optimal aufgestellt und die Post- und Telegraphenverwaltung immerhin einer der größten Auftraggeber des Landes. Und überhaupt …

Es kam dann doch recht rasch und vor allem recht umfassend anders: die EWG trieb das Thema überraschend intensiv voran, innerhalb kurzer Zeit erschienen diverse Richtlinien zur Neugestaltung des Marktes, die Forschung wurde neu organisiert und forciert vorangetrieben (GSM ist immerhin eine ganz wesentliche europäische Erfolgsgeschichte!). Anfang der 90er Jahre gab es in Brüssel fast monatlich Workshops, Seminare und Tagungen zur Entwicklung des Sektors mit vielen 100 Teilnehmern – eine ziemlich geschlossenen Community, die das Thema auf allen Ebenen vorantrieb. Es waren auch optisch irgendwie immer dieselben Typen.

Foto: pixelio.de

### Lizenzvergabe und Digitalisierung

Nach einem gewissen Atemholen startete auch Österreich mutig in die neuen Zeiten: es entstand das Fernmeldegesetz 1993, das der Autor mitverhandeln durfte, es folgte die Lizenzierung zweier neuer Mobilfunkbetreiber bis 1997 – obwohl es absolut anerkannt war, dass in Österreich a) wegen der Topographie kein flächendeckendes Netz errichtet werden könnte und b) wohl kaum jemals mehr als vielleicht eine halbe Million Österreicher mobil telefonieren würde – aber bitte, machen wir's halt auch wie die Anderen, wir sind ja jetzt in der EU.

Die Digitalisierung des Festnetzes, die schön kommod auf mehrere Jahrzehnte ausgelegt war (zur Sicherung der Beschäftigungslage und der Auslastung des Personals) wurde deutlich beschleunigt und vorzeitig abgeschlossen. Trotzdem, dies sei eingestanden, gelang es dem Autor anno 1994 nur durch Intervention im Büro des Generaldirektors innerhalb von 6 Wochen einen Festnetzanschluss in die Wohnung zu kriegen – und sogar, was anfangs als nicht möglich bezeichnet wurde, einen „ganzen“ Anschluss (dessen Nummer davor offenbar einer nahegelegenen Botschaft gehörte und die heute noch zu einer gewissen Internationalisierung der Anrufe beiträgt).

Foto: Andreas Riedmann

**Michael Sprinzl** – Gründer und Inhaber des Beratungsunternehmens „DerSprinzl Public Affairs & Issue Management“, Interessenvertreter seit 25 Jahren mit Schwerpunkt auf Liberalisierung von Monopolen und Fragen der Regulierung. Sprinzl ist Lehrbeauftragter für Public Affairs an der Universität Wien und an der FH des bfi, lebt in Wien, ist Liebhaber klassischer Musik und begeisterter Fotograf.

### Die Schrecken des Wettbewerbs

Das entsetzte Gesicht des Vertreters eines der damals größten Mobiltelefonhersteller bleibt für immer eingeprägt: „In Deutschland gibt es Märkte, dort verkaufen sie unsere Telefone für 'nen Äppel und'n Ei', und die nimmt man sich auch noch aus einem Korb, ehe man bezahlt! Wo kommen wir denn da mit unseren Preisen hin?“. Der gute Mann hat wohl schwer gekämpft, die ab etwa 1999 üblich werdenden Subventionen der mobilen Endgeräte zu verstehen.

Der ab 1997 mögliche Wettbewerb hat dazu geführt, dass in Österreich im Bereich Sprache bzw. Daten über Festnetz zügig Konzessionen vergeben wurden, die ausschließlich auf Dienstewettbewerb ausgerichtet waren und daher ohne großen Aufwand rasch aber ohne Nachhaltigkeit erbracht werden konnten. Der Wegfall der betriebswirtschaftlichen Verantwortung für eine selbst errichtete Infrastruktur erlaubte aber ein gewisses Abenteurertum mit einer Ausrichtung am schnellen Geld und brachte keinen technologischen Fortschritt. Es waren diese neuen Betreiber im wesentlichen auf die Infrastruktur des nunmehrigen Ex-Monopolisten angewiesen. Dieser beherrschte aber (bis heute) das Instrumentarium des ausführlichen Verhandelns perfekt und konnte so manche Wettbewerber im Zaum halten. Was diese wiederum aus dem Markt trieb. Aus der Zeit des Lieferanten-Auftraggeber-Oligopols scheint auch die Beherrschung des, nun sagen wir: Zurechtschleifens von Rahmenbedingungen übriggeblieben zu sein. Einiges davon läßt sich bereits das ganze Jahr 2012 aus gewissen parlamentarischen Dokumenten erahnen.

### Der verlorene Sex-Appeal

Das Wort mag in diesem Zusammenhag merkwürdig wirken: tatsächlich war es aber so, dass bis etwa 2002 die Worte „Telekommunikation“ oder „Mobilfunk“ eine geradezu erotisierende Wirkung entfachten. Es hatte sich in allen Schichten herumgesprochen, dass hier ein Sektor mit geradezu unheimlicher Dynamik entstanden ist, eine Dienstleistungsform, die eine massive Erhöhung der Lebensqualität zur Folge hatte und die dem Bürger tatsächlich das Gefühl gesteigerter Freiheit bei geringeren Kosten vermittelte. Übrigens: des Autors erstes GSM-Mobiltelefon (der Post- und Telegraphenverwaltung!) lief mit einem Tarif von ATS 390,- (rund 28.- Euro) monatlicher Grundgebühr und bis zu ATS 7,15,- pro Minute Gesprächszeit (ca. 50 Cent).

Dann aber begann das Jammern: Betreiber traten wieder aus dem Markt aus, die Mobilfunker begannen die Strategie des Zu-Tode-Subventionierens zu spüren, das Festnetz verlor rapide an Attraktivität, wo es keinen raschen Zugang zum Internet bieten konnte – Internet: das war zum Zeitpunkt des Grünbuchs noch vollkommen unvorstellbar – und es blieb weniger Geld für den Netzausbau, die Forschung und die Entwicklung neuer Technologien übrig. Dass die Mobilfunkerei heute zunehmend in die Hand asiatischer Unternehmen gerät, ist zwar als Prozess vergleichbar der Markteroberung durch die Skandinavier vor gut 20 Jahren und noch nichts Böses, beraubt aber dennoch Europa eines ganz wesentlichen Treibers. Der fehlende Ausbau breitbandiger Netze, die Erschließung auch entlegener Regionen mit schnellen Internetzugängen – und mit Verlaub: die genau dort auch oft mangelhafte Qualität der Mobilfunknetze – blieben nicht ohne Konsequenz für die Qualität des Standortes. Die schönsten Smartphones nützen nichts mehr, wenn der „Datenstrom“ zum müden Bächlein wird, notabene, weil ja bald jedermann ein Smartphone haben und nutzen wird. Dass es nach 25 Jahren eine ähnliche Bewegung geben könnte, wie den Übergang von der kiloschweren Kiste zum „Handy“ – nur jetzt eben vom „Handy“ zum Smartphone (und dem inzwischen auch schon wieder als störend anerkannten „Always-On“) hätte man ja vielleicht vermuten bis erwarten können.

25 Jahre Liberalisierung des Telekom-Sektors sind in jedem Falle eine Erfolgsgeschichte – dass aber hierzulande offenbar niemand daran denkt, diesem Thema erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, nicht im Sinne einer feierlichen Würdigung des Jubiläums mit Vorträgen und Bufett, sondern im Sinne einer strategischen Vorausschau, was Ausbau, Dienstleistungsqualität, Technologie und Regulierung betrifft, stimmt bedenklich. Sind wir tatsächlich schon so vom „Sex-Appeal“ erschöpft, dass nur noch trübe Mattigkeit bleibt?

*Der Autor freut sich wie immer auf Ihre Meinungen, Kommentare und auch Widersprüche!*

KONTAKT

**DIPL.-ING. MICHAEL SPRINZL**

Tel. +43-(0)699-1372 1372
E-Mail: office@dersprinzl.com

Seminartipp SOMMER-WORKSHOP

## PUBLIC AFFAIRS – ANSTÄNDIG GEMACHT!

**Public Affairs sind heute ein wesentlicher Faktor im Wettstreit um die Durchsetzung der Interessen auf dem Markt der Meinungen. Wer seine Interessen nicht nachdrücklich vertritt, läuft Gefahr, kein Interesse für seine Anliegen zu finden! Und dies alles hat unter strikter Wahrung der Regeln von Transparenz und Anstand zu geschehen.**

Für Vorstände und leitende Manager, für Kommunikationsmanager und Managerinnen aus Unternehmen, Verbänden und Institutionen, für Aufsichtsräte und Eigentümervertreter und für die Verantwortlichen für spezifische externe Beziehungen (Stakeholder-Manager, Investor-Relations, Behördenkontakte) bietet **DerSprinzl** im Sommer 2012 drei Varianten eines Sommer-Workshops zu Public Affairs an. Sie selbst entscheiden über den Umfang, die Intensität des Sommer-Workshops und über jene Themenstellungen, anhand derer die Information aufbereitet wird. **DerSprinzl kommt ins Haus.**

■ **SOMMER-WORKSHOP „PRAXIS“**
Der Sommer Workshop PRAXIS dauert 3 Stunden. Sie erhalten eine allgemeine Übersicht zum Thema und finden ausreichend Gelegenheit zur Diskussion und Beantwortung Ihrer Fragen.

■ **SOMMER-WORKSHOP „PROFI“**
Der Sommer-Workshop PROFI dauert 6 Stunden. Wir erarbeiten gemeinsam neben den Grundlagen des Public Affairs Konzeptes seine wesentlichen methodischen Elemente. Sie erkennen, wie es um Strukturen, Interessen und Positionen in Ihrer Unternehmensumwelt steht, wie Sie die richtigen Ansprechpartner abgrenzen, wo Ihre Stärken und Schwächen und wo die Chancen und Widerstände liegen. Anhand Ihrer konkreten Themen und Interessen werden in Übungen einzelne Aufgaben beispielhaft durchexerziert.

■ **SOMMER-WORKSHOP „PROJEKT“**
Der Sommer-Workshop PROJEKT ist für einen ganzen Tag konzipiert. Sie erhalten durch die umfassend dargestellten methodischen Grundlagen die Antworten auf die vielfältigen Fragen zur Thematik – und gemeinsam entwickeln wir die Basis zur praktischen Umsetzung Ihres Projektes.

**Informationen sowie den Folder zum Workshop erhalten Sie unter: office@dersprinzl.com**

**KMU-Stresstest.** Prüfung von Liquidität und Krisenfestigkeit des Unternehmens im kostenlosen Online-Verfahren.

# (Body-)Checks für unsere KMU

**Mehr als 90% der heimischen Unternehmen haben weniger als zehn Mitarbeiter. Nach EU-Definition für KMU fallen sogar um die 99% der heimischen Firmen in diese Kategorie. Diese Betriebe beschäftigen knapp 65% aller unselbständig Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft.**

Vor kurzem hat die EZB gemeinsam mit den nationalen Notenbanken diskret begonnen, Unternehmenskredite als Sicherheit zu nehmen, wenn sie Banken Geld leihen. Dabei bewerten sie, ob das kreditnehmende Unternehmen, typischerweise ein KMU, eine ausreichende Bonität hat – konkret ob die Ausfallsicherheit unter 0,4% liegt. „Würde man die Entscheidungen der Zentralbanken transparent machen, könnte man ohne zusätzlichen Aufwand eine Art Ratingsystem für KMU schaffen“, kommentiert Hannes Enthofer von der Organisation Finance Trainer und Gründer des Alpbacher Finanzsymposiums. Diesen Vorschlag will Enthofer im Herbst im Europaparlament präsentieren. IV-Ökonom Christian Helmenstein wiederum will die Idee, die er ausdrücklich unterstützt, in die EU-Arbeitgeberorganisation „Businesseurope“ hineintragen.

Basis für die Bewertung von Firmen sind die bankinternen Kontrollsysteme, die unter den derzeit geltenden Kapitalvorschriften für Banken (Basel II, später Basel III) flächendeckend in Europa eingeführt wurden. Auf dieser Basis übernehmen die Zentralbanken inzwischen Kredite ab 5.000 Euro als Sicherheit, so Enthofer und Helmenstein. Die Bestimmung sei jüngst gelockert worden, davor waren nur Kredite ab 50.000 Euro zugelassen. Bei der EZB einreichen würden Banken „bis auf die regionale Ebene, bis zu Raikas und Sparkassen“. Unternehmen, die vom ESZB (Europäisches System der Zentralbanken) ein Gütesiegel erhalten haben, hätten wohl kein Problem, am Kapitalmarkt Geld aufzunehmen. Damit könnten die EZB als Vermittlerin entlastet und ein Kapitalmarkt für KMU aufgebaut werden. Für die Nationalbanken wäre es keine zusätzliche Aufgabe, es müssten nur die ohnehin schon getroffenen Entscheidungen transparent gemacht werden. Derzeit hänge die gesamte Wirtschaft vom Risiko her an der EZB.

### Weniger Stress für unsere Firmen

„Von einer möglichen Kreditklemme ist man in Österreich noch weit entfernt – vielmehr geht es den heimischen Banken darum, dass die KMU-Betriebe ausführliche Bilanzen, durchdachte Finanzpläne und betriebswirtschaftliche Risikoszenarien bei allfälligen Kreditanfragen vorlegen können“, erklärt Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank.

„Genau darauf müssen die Unternehmer künftig noch besser vorbereitet sein. Für viele Unternehmen – vor allem für kleinere Betriebe – war es bisher schwierig und aufwändig, sich einen professionellen Überblick über die eigene betriebswirtschaftliche Situation inklusive verschiedener Szenarien zu machen“, sagt Brigitte Jank, Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien. Deshalb haben WKW, die Erste Bank und das WIFI Unternehmerservice der WKÖ mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums einen kostenlosen KMU-Stresstest entwickelt, der den Betrieben entscheidende Informationen über die individuelle betriebswirtschaftliche Situation und mögliche Entwicklungen geben soll.

### Der KMU-Stresstest im Detail

Als Rechnermodell für Einnahmen und Ausgaben konzipiert, ist der KMU-Stresstest speziell auf KMU und EPU zugeschnitten. Anonymisiert geben Unternehmen betriebswirtschaftliche Kennzahlen wie Umsatz, Wareneinsatz, Personal-, Betriebs- und Finanzierungskosten ein. Das Programm erstellt daraufhin eine betriebswirtschaftliche Diagnose der aktuellen Situation.

In einem zweiten Schritt werden diverse betriebswirtschaftlich relevante Situationen wie zB Umsatzrückgang, veränderte Personalkosten, höhere Kreditrate simuliert. Damit erhält das Unternehmen ein realistisches Bild möglicher Szenarien inklusive drohender Liquiditätsengpässe. Der Abschlussbericht enthält Handlungsvorschläge und verweist auf die Unterstützung bei der Realisierung von Verbesserungsmaßnahmen. „Der wirtschaftliche Erfolg österreichische Unternehmen wird für unsere mittelfristige Zukunft wichtiger sein als die Frage, ob Griechenland im Euro bleibt oder nicht“, meint Bosek.

### Zur Lage der (KMU-)Nation

Die Analyse der betriebswirtschaftlichen Situation der Betriebe ist überwiegend positiv: Drei Viertel weisen ein positives Eigenkapital aus, knapp 37% liegen bei einer Eigenkapitalquote von über 30%. Allerdings gibt es eben auch zu viele KMU, die ihre Kosten kaum decken können. Und genau diese Betriebe hatten es auch ohne Basel III und Finanzkrise schon in der Vergangenheit schwer, Kredite zu bekommen. Präsidentin Jank: „Ein Kleinunternehmer, der seine Situation genau kennt, betriebswirtschaftliche Szenarien erarbeitet und einen Finanzplan erstellt hat, wird idR die Bank vom Geschäftsmodell überzeugen können. Mit dem KMU-Stresstest haben Unternehmen nun das richtige Tool dafür.“

Foto: Erste Bank

**Peter Bosek** – Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG

### Mehr Wachstum, mehr Beschäftigung

Beim Blick über die Grenzen zeigt sich eine besorgniserregende Lage: Nie seit Einführung der Währungsunion 1999 lag die Zahl der Arbeitslosen in der Eurozone höher als heute: Im Frühjahr belief sie sich auf 17,4 Mio Personen. Allein in den vergangenen zwölf Monaten sind 1,7 Mio Menschen hinzugekommen.

Die Quote ist in der Eurozone auf 10,9% geklettert, in der 27 Staaten zählenden EU beträgt sie 10,2%. Jeder dritte Arbeitslose der Eurozone ist inzwischen in Spanien registriert. Neben der Schuldenkrise ist die EU mit einem Beschäftigungsproblem konfrontiert, dessen soziale und politische Sprengkraft gewaltig ist. Wachstum sei daher das Gebot, denn nur so könne ein Beschäftigungszuwachs und iwF die Eindämmung der Schuldenkrise gelingen. Die guten Zahlen der österreichischen Wirtschaft dürfen nicht von der allgemeinen Lage ablenken.

### Es muss investiert werden

Gerade weil in den letzten Jahren bei der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wichtige Schritte gesetzt wurden, erwarten Wirtschaftsforscher für Österreich heuer ein Wachstum in der Bandbreite zwischen 0,4 (WIFO) und 0,9% (IWF). Die OECD sieht in ihrer im Mai veröffentlichten Prognose ein Wachstum von 0,8 Prozent.

Konträr dazu die Erwartungen für die EURO-Zone: Die OECD erwartet eine leichte Rezession (-0,1%). Investitionen mit Zukunftsperspektive stellen Forschungs- und Entwicklungsausgaben, Ausgaben für Qualifizierung und Bildung, Exportförderung und die Gestaltung einer intelligenten Infrastruktur dar. Zusätzlich besteht ein enger positiver Zusammenhang zwischen F&E-Aktivitäten und der Produktivität eines Unternehmens: Firmen, die mehr in Innovationen investieren, sind im Schnitt auch produktiver.

Eine wesentliche Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung ist auch eine wettbewerbsfähige Verkehrsinfrastruktur (siehe auch Seite 16: Wirtschaftsregion Nord). Studien der EU belegen das: Je besser ein Standort infrastrukturell erreichbar ist, desto höher ist in der Regel das Bruttoregionalprodukt je Einwohner. Die regionale Infrastrukturausstattung hat beispielsweise auch signifikante, positive Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft, sie sichert somit Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Sogar eine vom Staatsschuldenausschuss in Auftrag gegebene Studie belegt, dass Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur Wohlstand schaffen: Bereits nach zwei Jahren generieren die Investitionen kumulierte Rückflüsse von 10% der Investitionssumme. *(pj)*

*www.kmu-stresstest.at*

Daten und Fakten WIRTSCHAFTSLEISTUNG

## Österreich auf gutem Weg

Im direkten Vergleich der Wirtschaftsleistung der EU-Länder pro Einwohner hat Österreich ganz aktuell deutlich aufgeholt und lag 2011 mit einem BIP von 129% des EU-Durchschnitts bereits an dritter Stelle hinter Luxemburg und den Niederlanden. 2010 stand Österreich mit einem BIP pro Kopf von 124% des EU-Schnitts noch an fünfter Stelle innerhalb der EU. Diese Daten werden von Eurostat in Kaufkraftstandards errechnet. Wie in den Vorjahren liegt Luxemburg mit deutlichem Abstand an der Spitze der Wirtschaftsleistung. Das Großherzogtum verzeichnete 2011 einen Wert von mehr als dem Zweieinhalbfachen des EU-Durchschnitts (274%). Dahinter rangieren die Niederlande mit einem BIP pro Kopf, das etwa ein Drittel (131%) über dem europäischen Schnitt liegt. Zwischen 25 und 30% über dem EU-Durchschnitt liegen Österreich, Irland (!), Schweden und Dänemark, während sich Finnland, Belgien und Deutschland zwischen 15 und 20% darüber befinden. In Frankreich und Großbritannien erreichte das BIP pro Kopf einen Wert von 108 bzw 107% des europäischen Schnitts. In Italien und Spanien entsprach das BIP etwa dem EU-Mittelwert.

„Armenhaus“ in der EU bleibt Bulgarien mit einer Wirtschaftsleistung pro Kopf, die 2011 nur 45% des EU-Durchschnitts erreichte. Rumänien schaffte etwa die Hälfte des EU-Mittelwertes.

In Griechenland betrug das BIP pro Kopf dagegen laut Eurostat immerhin 82% des europäischen Schnitts. Vor Griechenland liegen in diesem EU-Wirtschaftsvergleich Zypern, Slowenien und Malta, dahinter Tschechien, Portugal, die Slowakei, Estland, Ungarn, Polen, Litauen, Lettland, Rumänien und Bulgarien.

Ein anderer Indikator für das Wohlstandsniveau ist der tatsächliche Individualverbrauch (TIV) pro Kopf. Auch hier liegt Luxemburg mit einem Wert von 150% des EU-Durchschnitts vorne, gefolgt von Deutschland (119%) und Großbritannien (118%).

Gemessen am Individualverbrauch in Kaufkraftstandards ist Österreich das viertreichste Land in der EU (117%). Am unteren Ende der Skala rangieren Bulgarien (44%) sowie Rumänien (47%).

Auch Österreichs Arbeitsmarktdaten können sich im Europavergleich sehen lassen: Unser Land verzeichnet gegenwärtig die niedrigste Arbeitslosenquote, die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit und hat außerdem die wenigsten Langzeitarbeitslosen in ganz Europa. Dass Österreich auf einem guten Weg ist, zeigt auch der Vergleich der aktuellen Arbeitslosenrate mit jener vor dem Wirtschaftsabschwung. Österreich ist neben Deutschland das einzige Land in der EU, das heute weniger Arbeitslose hat als vor der Krise im Jahr 2007.

**Forsche Forschung.** ACR steigerte 2011 Mitgliederzahl und Umsatz.

# KMU-Forschungsnetzwerk

**Austrian Cooperative Research (ACR) hat im vergangenen Jahr seine Mitgliederzahl von 15 auf 17 und damit seinen Umsatz auf 52,9 (2010: 51,2) Mio Euro gesteigert. Mit rund 600 Mitarbeitern sind die ACR nach dem Austrian Institute of Technology (AIT) die zweitgrößte Einrichtung der kooperativen Forschung in Österreich.**

Zwei Drittel der insgesamt 10.500 ACR-Kunden waren 2011 kleine und mittlere Unternehmen, von den mehr als 25.000 Einzelaufträgen wurden rund 20.000 mit KMU realisiert. „Als ausgelagerte Entwicklungsabteilungen unterstützen ACR-Institute jene Unternehmen, denen der Zugang zu Förderungen oder Forschung fehlt“, erklärt ACR-Geschäftsführer Johann Jäger.

Neu in den Kreis von ACR-Instituten wie der KMU Forschung Austria, der Holzforschung Austria, der Lebensmittelversuchsanstalt oder der Schweißtechnischen Zentralanstalt aufgenommen wurden im Vorjahr das Austria Solar Innovation Center (ASiC) und Güssing Energy Technologies (GET). Erst kürzlich kam der Mühlviertler Elektronikspezialist „technosert electronic GmbH“ als siebentes außerordentliches ACR-Mitglied dazu. Nicht nur wegen der steigenden Mitgliederzahl sollen und wollen die ACR-Institute enger kooperieren. Anreiz dafür bietet ein vom Wirtschaftsministerium mit 500.000 Euro unterstütztes Pilotprojekt, in dessen Rahmen die Institute gemeinsam Infrastruktur, speziell Geräte, anschaffen und nutzen sollen.

### Ein Vorbild im Norden

In Schweden wurden schon vor 15 Jahren die wirtschaftsnahen außeruniversitären Forschungsinstitute zusammengefasst und in Unternehmen umgewandelt. Der Großteil der Einrichtungen wurde in vier Bereiche konzentriert, Eigentümer sind in unterschiedlichem Ausmaß Unternehmen sowie die zum schwedischen Finanzministerium ressortierende RISE Holding (Research Institutes of Sweden).

Einer dieser Bereiche ist die ACR-ähnliche Swerea Group mit 500 Mitarbeitern in branchenorientierten F&E-Instituten und einem Umsatz von rund 60 Mio Euro. Sie steht im Eigentum von RISE (43%) und rund 450 Unternehmen. Weiters unter dem RISE-Dach befindet sich die „SP Technical Research Institute of Sweden“ mit 1.100 Mitarbeitern, einem Umsatz von 120 Mio Euro und 10.000 Kunden einer der wichtigsten F&E-Partner der schwedischen Wirtschaft.

Erkenntnis des Schweden-Trips für die ACR-Institutsleiter: Die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen unter dem Dach von RISE erhalten jährlich rund 50 Mio Euro Basisförderung, für die ARC-Institute gibt es nichts Vergleichbares. Die Konzentration dieses Forschungssektors in Schweden sei nur möglich gewesen, weil Wirtschaft und Politik gemeinsam an einem Strang gezogen und ein klares Signal dafür gegeben haben, so ACR-Geschäftsführer Jäger – in Österreich spiegle sich dagegen der Föderalismus auch in der Forschungslandschaft wieder. *www.acr.at*

**Prämien-Check.** Erhebliche Preisdifferenzen bei KFZ-Versicherungen für KMU.

# Der unabhängige Vergleich macht sicher

**Per Gesetz sind Versicherungsmakler verpflichtet, die Anliegen der Klienten zu vertreten sowie besonders auf die individuelle Risikosituation eines jeden Kunden einzugehen. Gerade im Bereich des KFZ-Versicherungsmarktes gab es in den letzten Jahren Entwicklungen, welche für jedes Unternehmen Chancen und Nutzen bringen können.**

Die Versicherung des Fuhrparks stellt für Unternehmen einen bedeutenden Kostenfaktor dar. Der unabhängige Versicherungsmakler Harald Wagner, Geschäftsführer der Optimum Ges.m.b.H., hat für Lexpress bei den Anbietern Angebote zu KFZ-Versicherungen für Unternehmen eingeholt.

Die Preisdifferenzen bei den Prämien sind erheblich, die angebotenen Produkte vielfältig und schwer zu unterscheiden. Im härter werdenden Wettbewerb der Versicherer ist das spezifische Fachwissen der Berater mehr denn je gefragt. Kunden erwarten ganzheitliche Beratung und die kontinuierliche Betreuung, weiß Harald Wagner. „Im Schadenfall nimmt die Tendenz zu klagen oder beklagt zu werden zu. Und die Kunden stehen Versicherungsprodukten wie auch Anbietern kritischer gegenüber."

**Hohes Einsparungspotenzial**

Im Bereich der KFZ-Versicherung empfiehlt Harald Wagner, sich besonders über die folgenden Risikobereiche einen Überblick zu verschaffen und die verschiedenen Versicherungsformen anzusprechen: KFZ-Haftpflicht-, KFZ-Kasko-, KFZ-Insassenunfall- und KFZ-Rechtsschutz Versicherung.

Gerade in Klein- und Mittelunternehmen müssen im Rahmen einer bedarfsgerechten Beratung, Leihwagennutzung, Häufigkeit von Dienst- und Auslandsfahrten, aber auch andere Aspekte wie Finanzierung. Leasing, Serviceverträge, Tankkarten, etc. hinterfragt werden.

Die Versicherungsbranche bietet schon seit einiger Zeit Flottenlösungen ab 3 bis 5 Fahrzeugen pro Firma an. Durch den Wegfall des seinerzeit vorgeschriebenen Einheitstarifes besteht die Wahlmöglichkeit, ob die PKW und Kombis bzw. Klein-LKW mit oder ohne Bonus/Malus System versichert werden, einzelne Anbieter bieten am Markt auch fixe Stückprämien je Fahrzeug an, andere Versicherer kalkulieren ihre Prämien nach der Fahrzeugtype, somit kann es auch innerhalb der gleichen Marke zu Prämiendifferenzen kommen.

„Jeder Betrieb sollte hier alle möglichen Optionen prüfen und die Erfahrungen besagen: Die Miteinbeziehung unabhängiger Versicherungsmakler bringt für alle KMU, unabhängig von der Branche, ein beachtliches Einsparungspotenzial. Natürlich wird hier auf die Erfahrungswerte des jeweiligen Unternehmens zurückgegriffen. Fragen

Foto: OPTIMUM

**Harald Wagner** – Geschäftsführer der Optimum Ges.m.b.H.

wie Schadenshäufigkeit, Schadensverlauf der letzten Jahre, Zusammensetzung des Fuhrparks mit den unterschiedlichen Fahrzeugtypen etc. müssen genau betrachtet werden", empfiehlt Harald Wagner. Und er betont: „Diese Aspekte werden auch für jedes seriöse Vergleichsangebot von einem Alternativanbieter in der Offertphase angefordert. Als Versicherungsmakler betreiben wir in diesem Bereich mit unseren Kunden aktives Risikomanagement und machen auch auf Deckungslücken aufmerksam".

Darunter fallen Überlegungen wie:

- Reicht die gesetzlich vorgeschriebene Haftungssumme von dzt. 7.000.000 Euro?
- Welche Selbstbehaltsvariante ist unter Berücksichtigung der Flottengröße sinnvoll?
- Wie sieht die Betreuung im Schadenfall aus?

Lexpress hat einen Betrieb mit kleinerem Fuhrpark aus der Branche KFZ-Spengler zum Vergleich vorgelegt. Die Ausgangsdaten:

3 PKW, 40 kW (2 KFZ, Stufe 0)
1 KFZ (Stufe 5)
1 PKW, 60 kW (Stufe 3)
1 PKW, 55 kW (Stufe 0)
1 PKW, 149 kW (Stufe 0)
1 Motorrad
2 LKW bis 1t Nutzlast
1 Anhänger

**Preisdifferenz: 2.408 Euro**

Optimum hat anhand dieses Beispiels einen aktuellen Vergleich zwischen den Anbietern durchgeführt. Die Preisdifferenz lag demzufolge bei immerhin 2.408 Euro im Jahr.

**Bei welchem Anbieter sind Sie derzeit versichert? Der unabhängige Vergleich macht Sie sicher!**

Harald Wagner arbeitet als unabhängiger Versicherungsmakler mit allen Versicherungen in Österreich zusammen und kennt die Stärken und Schwächen der einzelnen Anbieter. „Je nach Annahmepolitik der Versicherungsgesellschaften, welche sich jährlich auch durchaus ändern kann, suchen wir als Versicherungsmakler stets ein optimales Preis-/Leistungsverhältnis für unsere Kunden und bleiben als Ansprechpartner auch dann erhalten, wenn es während einer aufrechten Kundenbeziehung zu einem Wechsel der Anbieter kommt. Wir stehen selbstverständlich allen Leserinnen und Lesern für Auskünfte zur Verfügung. Meine MitarbeiterInnen und ich freuen uns auf Ihre Anfragen und beraten Sie gerne."

**IHR VERSICHERUNGSMAKLER**

OPTIMUM wurde 1976 durch Helmut Wagner gegründet und ist seit 1996 im Familienbesitz. Kommerzialrat Helmut Wagner hält Gastvorträge im Inland und an mehreren ausländischen Universitäten. Das Versicherungsmakler-Team rund um GF Harald Wagner analysiert individuelle Risikosituationen, prüft und optimiert bestehende Versicherungsverträge und erarbeitet maßgeschneiderten Versicherungsschutz. OPTIMUM berät zu sämtlichen Versicherungsprodukten im Privat- und Firmenbereich.

**INFORMATIONEN**

OPTIMUM

**OPTIMUM GES.M.B.H.**
Harald Wagner, Akad. Vkfm.
Pragerstraße 42/5
Tel. +43-(0)1-278 66 56 - 17
E-Mail: harald.wagner@optimum.co.at
**www.optimum.co.at**

---

**VMF-Studie „Trends im Flottenmarkt 2012".** Kostendruck beeinflusst deutsche Flottenbetreiber.

# Deutsche Fleetmanager unter Kostendruck

**Das Thema Kosten steht bei allen deutschen Flottenmanagern im Mittelpunkt, wenn es um die wichtigsten Einflussfaktoren der nächsten Jahre geht. Die Fuhrparkmanager erwarten mittelfristig weiterhin einen massiven Druck zur Kosten-und Prozessoptimierung. Die Kostensituation in den Fuhrparks wird insbesondere durch die schnell steigenden Treibstoffpreise stark belastet.**

Entscheidungen rund um den Fuhrpark sind meist komplex, so dass die Experten der VMF-Studie auch den Bedarf an einer weiteren Professionalisierung des Fuhrparkmanagements auch bei kleineren Flotten sehen. Ein Ansatz zur langfristigen Kostensenkung ist, an das Kostenbewusstsein der Dienstwagenfahrer zu appellieren, indem die Flottenverantwortlichen versuchen, zu sparsamerer Fahrweise zu motivieren.

„Als wahrscheinlichste Lösung sehen die Experten sowohl die Einführung von Belohnungssystemen für besonders sparsame Fahrer, als auch regelmäßige Hinweise an Fahrer mit überdurchschnittlichem Verbrauch", so Michael Velte, VMF-Vorstandsvorsitzender und Sprecher der Geschäftsführung der Deutschen Leasing Fleet.

**Persönliches Mobilitätsbudget**

Ein weiterer Ansatz zum Sparen sei es, den Mitarbeitern die Wahl zu lassen, wie sie ihr persönliches Mobilitätsbudget einsetzen wollen. Wer zB einen kleineren Dienstwagen nehme, könne das restliche Budget etwa in seine Lebensversicherung einzahlen. Mit solchen Modellen wollen die Manager darauf reagieren, dass das Auto bei jungen Städtern nicht mehr ganz die Statusbedeutung der Elterngeneration hat: Für diese Mitarbeiter könnten eine alternativ vom Arbeitgeber angebotene Bahn-Card und der Zugriff auf einen flexiblen Fahrzeug-Pool des Unternehmens einen größeren Anreiz darstellen als ein persönlich zugeordneter Dienstwagen.

Anreize schaffen und gleichzeitig Kosten im Fuhrpark nachhaltig zu senken – genau diesen Spagat hat die Studie als eine der großen Herausforderungen, aber auch Chancen der Fuhrparkmanager identifiziert. Privat können sich viele heute kein Fahrzeug leisten oder sie investieren ihr begrenztes Budget in Alternativen, wie zB moderne Kommunikationstechnik. Daher ist im Umwerben der besten Köpfe ein Dienstwagen ein lohnender Motivationsfaktor.

**Flotten sollen „grüner" werden**

Viele Unternehmen arbeiten bereits mit $CO^2$-basierten Car-policies. Als wahrer Kostenbremser werden immer wieder Fahrzeuge mit alternativen Antrieben wie Erdgas oder auch Elektromotoren beschworen. Ihre Verbrauchskosten sind im Vergleich zu konventionellen Fahrzeugen bedeutend geringer.

Aber derzeit sprechen hohe Anschaffungskosten, lückenhafte Tankstellennetze und zu geringe Reichweiten oft noch dagegen. Für die Fuhrparkverantwortlichen sind sie keine wirkliche Alternative: Erdgas-Fahrzeugen räumen sie auf mittlere Sicht keine Chancen für den Einsatz im Fuhrpark ein, da auch die Akzeptanz der Nutzer niedrig sei. Und dennoch werden die Unternehmen in diese Fahrzeuge teilweise investieren, weil die Gesellschaft Wert auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz legt.

**Dynamische Leasingverträge mit variablen Laufzeiten**

Auch an die Leasinggesellschaften stellen die Manager höhere Anforderungen. Großes Interesse besteht laut den Ergebnissen der Trendstudie an dynamischen Leasingverträgen mit variablen Laufzeiten und Laufleistungen. Diese offene Art der Vertragsgestaltung bietet mehr Flexibilität, wenn bei Vertragsabschluss nicht genau abgeschätzt werden kann, wie hoch die Jahresfahrleistung ausfallen wird. Hierzu wären Verträge nötig, die Restwert-und Kilometervertrag kombinieren. Die Verantwortlichen hätten hierbei wie beim Kilometervertrag kein Restwertrisiko zu tragen, könnten aber bei guten Gebrauchtwagenmarktbedingungen das Fahrzeug früher zurück geben und somit von niedrigeren Leasingraten profitieren.

*www.vmf-fuhrparkmanagement.de*

**KFZ-MARKT** AKTUELL FÜR DEN SOMMER

## *Liebhaber-Cabrio mit Seltensheitswert!*

Foto: beigestellt

**MG TF 135 – Aus der letzten Modellreihe der legendären Marke MG**
Baujahr 2006, 135 PS, 1800 ccm, 39.500 km, Top-Zustand (neue Reifen, neue Bremsen), garagengepflegt, inkl. Original-Windschott, Farbe: Starlight silver
VB 17.000 Euro, Tel. +43-(0)699-1716 12 16

## *Samba-Freude*

Foto: beigestellt

**TALBOT-SAMBA Cabrio**
Baujahr 1984, 80 PS, 1360 ccm, 110.000 km, VP 2.900 Euro
Tel. +43-(0)699-1924 07 64

**KFZ AKTUELL**

## Saab läuft weiter – elektrisch – und bangt um die Markenrechte

Foto: SAAB

**Der schwedische Autobauer hat mit NEVS (National Electric Vehicle Schweden AB) einen Käufer gefunden. In Trollhättan werden ab nun Elektroautos gebaut.**

Allerdings ist NEVS eine chinesisch-japanischen Investorengruppe – jetzt geht es um den Markennamen Saab. Die Nutzungsrechte liegen zu gleichen Teilen bei Saab Automobile AB, dem Flugzeugbau- und Rüstungskonzern Saab AB und dem Nutzfahrzeughersteller Scania AB. Eine Verwechslunsgefahr soll ausgeschlossen werden. Die ersten Elektrofahrzeuge werden laut Investoren in zwei Jahren ausgeliefert.

## 3 Mio Euro für energieeffiziente Technologien

Angesprochen werden ausschließlich kooperative Forschungs- und Entwicklungsprojekte der industriellen Forschung und der experimentellen Entwicklung unter Beteiligung von mindestens zwei Projektpartnern. Die Projektlaufzeit darf maximal 36 Monate betragen, die beantragte Fördersumme muss bei mindestens 100.000 Euro liegen, darf jedoch die 2-Millionen-Grenze nicht überschreiten. Die Förderquote liegt je nach Projektart und je nach Förderwerber bei bis zu 80%.

*www.klimafonds.gv.at*

**Liquiditätsreport.** PwC analysierte 107 Leitbetriebe – Österreichs Betriebe sparen, deutsche investieren massiv.

# Unternehmen setzen auf Eigenkapital – bei Investitionen ist Zurückhaltung geboten

**Der aktuelle PwC Liquiditätsreport zeigt ein divergierendes Bild: Unternehmen beider Länder bauen zwar wieder Liquidität auf, deutsche Unternehmen investieren aber stark, während die österreichische Investitionsbereitschaft maximal auf historischem Durchschnittsniveau liegt. Heimische Unternehmen stocken stattdessen die Eigenkapitalquote (41,95%) weiter auf und diese liegt deutlich über jener der deutschen Leitbetriebe.**

Nach einem Rückgang bis zum dritten Quartal 2011 stieg die Liquidität der österreichischen Leitbetriebe im vierten Quartal wieder auf rd. 8,3 Mrd Euro. Dieser Wert liegt knapp unter dem Durchschnitt der letzten zwei Jahre. Insgesamt befindet sich die Höhe der Liquiditätsbestände aber trotzdem auf Rekordniveau. Spitzenreiter unter den österreichischen Unternehmen sind hier Strabag SE (1,7 Mrd Euro), die Andritz AG (1,2 Mrd Euro) und die Immofinanz AG (512 Mio Euro).

Die deutschen Leitbetriebe verzeichneten zwischen dem dritten und vierten Quartal 2011 einen leichten Rückgang der Liquidität auf rd. 109,4 Mrd Euro. Die im Vorquartal erstmals seit Jahresbeginn zu beobachtende Liquiditätserhöhung war somit von kurzer Dauer, wobei abermals die Entwicklung der DAX-Unternehmen mit einer Reduktion von rund 3,6 Mrd Euro den Ausschlag gab. Die im MDAX notierten Unternehmen steigerten ihre Cash-Bestände um etwa 3,4 Mrd Euro, was einen vergleichbaren Anstieg wie im vierten Quartal 2010 darstellt. Mehr als zwei Drittel (76%) wurde von im DAX gelisteten Unternehmen gehalten, wobei mehr als die Hälfte der Cash-Bestände auf die Top-4 Unternehmen entfällt, darunter die Volkswagen AG (18,2 Mrd Euro), die Daimler AG (9,6 Mrd Euro) und die Siemens AG (9,0 Mrd Euro).

### Österreichische Leitbetriebe erwirtschaften höchsten Cashflow seit 2008

Bei den ATX- und ATX-Prime-Unternehmen zeigte sich im dritten und vierten Quartal 2011 eine Erholung des operativen Geschäfts in signifikanter Weise. Mit rund 3,3 Mrd Euro konnten die Unternehmen einen neuen Rekordwert im Beobachtungszeitraum seit 2008 aufstellen. Getragen wurde diese Entwicklung wesentlich durch den Anstieg des operativen Cashflows der Telekom Austria in Höhe von rund 1 Mrd Euro gegenüber dem Vorquartal. Im Vergleich mit dem Vorjahr wurde eine Steigerung von etwa 453 Mio Euro erzielt.

Die deutschen Leitbetriebe mussten hingegen nach kontinuierlichen Anstiegen seit Beginn des Jahres 2011, im vierten Quartal einen Rückgang des operativen Cashflows in der Höhe von etwa 10,1 Mrd Euro hinnehmen. Während sich die MDAX-Unternehmen durch einen Anstieg von knapp 5 Mrd Euro auszeichneten, brach das Geschäft der DAX-Unternehmen um mehr als 15,1 Mrd Euro ein. Das entspricht in etwa der Hälfte des operativen Cashflows des Vorquartals.

### Deutsche Leitbetriebe investieren stark – österreichische maximal durchschnittlich

Foto: PwC Österreich/APA-Fotoservice/Rastegar

**Jörg Busch** – Partner PwC Österreich
*„Die Liquiditätsbestände der Österreich AG befinden sich daher auf Rekordniveau. Nach dem Motto 'Bitte anschnallen und Ruhe bewahren' erwartet man derzeit eher weitere Turbulenzen"*

Bei den Investitionen zeigt sich ein höchst unterschiedliches Bild: Die heimischen Leitbetriebe legten zwar nach den Rückgängen in den ersten Quartalen des Jahres auch bei den Investitionen wieder zu; insgesamt vielen diese Investitionen aber deutlich geringer aus, als bei der operativen Geschäftstätigkeit. Sowohl ATX- als auch ATX-Prime-Unternehmen bewegten sich historisch gesehen hier auf eher durchschnittlichem Niveau. Österreichs Top-Investoren waren die OMV AG (685,3 Mio Euro), die Telekom Austria AG (283,6 Mio Euro) und die Verbund AG (180,5 Mio Euro). Im Vergleich zum vorangegangenen Quartal vergrößerte sich die Basis der mehr als 100 Mio Euro investierenden Unternehmen von fünf auf sechs Marktteilnehmer (OMV, Telekom Austria, Verbund, Andritz, Strabag, Immofinanz).

Bei den deutschen Leitbetrieben zeigte sich eine starke Zunahme der Investitionen – sowohl bei den DAX als auch MDAX Unternehmen. So konnte ein neuer Spitzenwert seit 2008 von knapp 44,7 Mrd Euro erreicht werden. 73% der Investitionen entfielen auf lediglich acht Unternehmen. Die deutschen Top-Investoren waren die Volkswagen AG (9,5 Mrd Euro), die Deutsche Telekom AG (9,3 Mrd Euro) und die RWE AG (3,9 Mrd Euro).

### Kapitalrückführung ausgeglichen

Im vierten Quartal 2011 reduzierte sich der vorherrschende Trend der Netto-Kapitalrückführung der österreichischen Leitbetriebe auf nur noch knapp 17 Mio Euro. Während die ATX-Prime-Unternehmen hierbei knapp 96 Mio Euro aufnahmen, schütteten die ATX-Unternehmen rd. 113 Mio Euro an ihre Kapitalgeber aus. Nur zwei Unternehmen nahmen mehr als 100 Mio Euro auf (OMV, CA Immo); nur drei österreichische Leitbetriebe zahlten mehr als 100 Mio Euro aus (voestalpine, Immofinanz, Strabag).

Die deutschen Leitbetriebe nahmen auch im vierten Quartal 2011 wieder Kapital in Höhe von rd. 4,5 Mrd Euro auf, was eine Steigerung von etwa 8,7 Mrd Euro verglichen mit dem vierten Quartal 2010 bedeutet. Das Gros der Kapitalaufnahmen war auf RWE, Daimler, Volkswagen und BMW mit insgesamt 11,5 Mrd Euro zurückzuführen, die größten Auszahlungen wurden von der Deutschen Telekom, Metro und Siemens mit 9,8 Mrd Euro getätigt. Die MDAX-Unternehmen nahmen Kapital in der Höhe von rd. 996 Mio Euro auf.

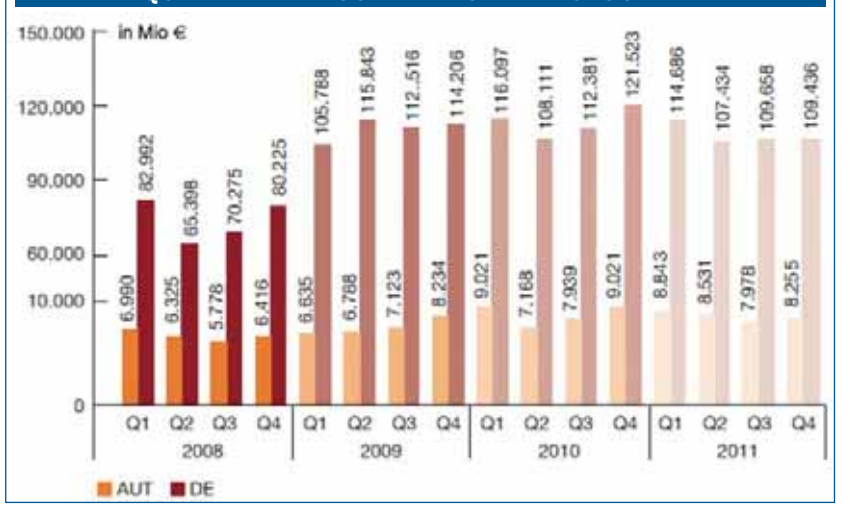
### Eigenkapitalquote: Österreich stockt wieder auf

Zum Ende des vierten Quartals 2011 war ein deutlicher Anstieg der Eigenkapitalquote der österreichischen Leitbetriebe zu verzeichnen. Die Eigenkapitalausstattung der „Österreich AG" lag bei 41,95%. Im Ländervergleich bleiben die Eigenkapitalquoten der österreichischen Leitbetriebe wie schon in den vergangenen Quartalen deutlich über jenen der deutschen. Die deutschen Leitbetriebe konnten im vierten Quartal 2011 mit 33,80% den zweithöchsten Wert seit 2008 erzielen. Die österreichischen Leitbetriebe mit der höchsten Eigenkapitalausstattung sind die Century Casinos AG (82,3%), die Mayr-Melnhof AG (64,2%) und die Amag AG (62,0%).

*www.pwc.at*

**EIGENKAPITALQUOTE ÖSTERREICH – DEUTSCHLAND**

**LIQUIDE MITTEL ÖSTERREICH – DEUTSCHLAND**




**Österreichische Private Equity- und Venture Capital-Markt 2011.**

# 124 Mio Euro für 103 KMU

**2011 wurden von österreichischen Private Equity- und Venture Capital-Fonds insg. 124 Mio Euro an privatem Wachstumskapital in 103 kleine und mittlere Unternehmen im In- (85 Mio Euro) und Ausland (39 Mio Euro) investiert. Privates Wachstumskapital trägt somit wesentlich zur Konjunkturbelebung sowie zur Arbeitsplatzschaffung und -sicherung bei.**

Neben einem weiteren Anstieg des Buyout-Segments, das nun 51% aller Investments ausmacht, zeigt sich leider ein im Vergleich zum Vorjahr sinkender Anteil an Frühphaseninvestments (Seed, Start-up und Later Stage Venture) von 20% aller getätigten Investments. Die Branche „Computer & consumer electronics" führt das Ranking der Investments an, gefolgt von „Chemicals & materials" und „Consumer goods & retail".

### Schwieriges Fundraising

Die Mittelbeschaffung für zukünftige Beteiligungsinvestitionen ist nach wie vor eine große Herausforderung. Zwar konnten 2011 österreichische Beteiligungskapitalgeber 249 Mio Euro an frischem Kapital für zukünftige Investments in vielversprechenden Wachstumsmärkten in Österreich, CEE und der DACH-Region einwerben, allerdings sind darin rund 100 Mio Euro enthalten, die von Fonds aufgestellt wurden, die jedoch nur ins Ausland investieren. Tatsächlich „geclosed" (das geplante Fondsvolumen wurde erreicht), wurden aber lediglich 40 Mio Euro. Bei Betrachtung der Fundraising-Quellen ist aber zu sehen, dass der Bankensektor als institutioneller Investor mit 2011 wieder mit rund 23% der Kommittments engagiert ist.

### Exits

Mit 325 Mio Euro (at cost) ist das Deinvestitionsvolumen gegenüber dem Vorjahr (52 Mio Euro) dramatisch gestiegen. Bereinigt um einen Megadeal, der die Statistik stark verzerrt, ergibt sich jedoch ein Exitvolumen ungefähr im Ausmaß des Vorjahres. Das Volumen an Abschreibungen (2010: 16 Mio Euro) hat sich im Jahr 2010 leider verdoppelt (36 Mio Euro). Die Beteiligungsfonds warten also mit dem Exit zu und begleiten das Unternehmen.

### Rechtliche Rahmenbedingungen

Sowohl national wie auch auf EU-Ebene sind die rechtlichen Rahmenbedingungen nach wie vor im Umbruch. Die Ende letzten Jahres auf EU-Ebene beschlossene Alternative Investment Fund Manager Directive (AIFMD), die zum Ziel hat, systematische Risiken des Finanzmarkts zu kontrollieren, die Interessen der Investoren zu schützen und für mehr Transparenz zu sorgen, muss bis Mitte 2013 in nationales Recht übergeführt werden.

Die genaue Ausgestaltung der nationalen Umsetzung der AIFMD ist von entscheidender Bedeutung für die österreichische Beteiligungskapital-Industrie und ihrer zukünftigen Entwicklung und damit für den zukünftigen Zugang der Unternehmen zu privatem Wachstumskapital. Nur wenn durch internationale Best Practice-Regelungen sowohl die EU, als auch Österreich zu attraktiven Finanz- und Wirtschaftsplätzen ausgebaut werden, ist auch in Zukunft die Eigenkapitalausstattung der KMU garantiert. *www.avco.at*

Venture Capital & Private Equity Award 2012 — DIE SIEGER

## BioTech AFFiRiS holt sich Platz 1 vor SensorDynamics

Beim diesjährigen Venture Capital Private Equity Award wurden am 27. Juni im Haus der Industrie fünf würdige Preisträger gekürt, die der „Szene" alle Ehre machen:

1: **Santo VC GmbH** und **MIG Fonds** für die Finanzierung der AFFiRiS
2: **SensorDynamics** für einen der größten österr. Venture Capital Deals
3: **Martin Ohneberg** für das Management-Buy-In bei HENN GmbH & Co KG
4: Diverse internationale Investoren für die Nabriva Therapeutics AG
5: **Gamma Capital Partners** für die Finanzierung der Opvizor GmbH

Der Venture Capital & Private Equity Award wird seit 2005 von der Styria Börse Express GmbH konzipiert und jährlich mit dem Award-Partner Junge Industrie verliehen.

Österreich im Blickpunkt

# Wirtschaftsregion Nord

**Die Wirtschaft „boomt“.** Dank exportorientierter Sachgüterproduktion wurde 2011 ein Real-Wirtschaftswachstum von 3,8% erzielt.

# Niederösterreich ist „schick“

**Innovative Betriebe finden im Land Niederösterreich gute Erweiterungsmöglichkeiten. Dank optimaler und kaum störungsanfälliger Verkehrsinfrastruktur sowie gutem Behördenzugang verzeichnet auch der Bezirk Korneuburg starken Zuzug von Wiener Firmen. Allein den Mangel an Fachkräften spüren Unternehmen auch in Niederösterreich.**

Foto: Himmel

*Mit den Sonderfackeln in Modulbauweise der Gastechnik Himmel GmbH können mehrere Gase mit einer Anlage abfackelt werden. Doppelte Kosten gehören somit der Vergangenheit an.*

Doch etwas größere Wirtschafts-Kuchen bäckt man im Bezirk Korneuburg. „Vor allem den Zuzug von Firmen aus Wien spüren wir sehr stark", teilt die Leiterin der Bezirksstelle der Wirtschaftskammer, Anna Schrittwieser, als herausragendes Merkmal der Halbjahresbilanz mit. In den meisten Fällen handle es sich um Unternehmern, die an ihrem bisherigen Standort in der Großstadt keine Erweiterungsmöglichkeiten mehr hatten und sich deshalb gedrängt sahen, auszuweichen. Mit seiner in den letzten Jahren erfolgten massiven Aufrüstung in der Verkehrsinfrastruktur genießt der Bezirk Korneuburg noch den Vorteil, dass die Verkehrsströme im Vergleich zum Süden Wiens viel weniger bis kaum störungsanfällig sind. Die zugezogenen Unternehmen würden sich laut Schrittwieser bei den lokalen Behörden auch besser aufgehoben fühlen, vor allem weil die Kontakte überschaubarer sind als in Wien und die Verwaltungsprozesse persönlicher abgewickelt werden können.

### Fachkräftemangel

Dringenden Handlungsbedarf sieht Schrittwieser insbesondere in der Lehrlingsausbildung, zumal die Zahl der Lehrlinge im Bezirk in den beiden letzten Jahren um 9 und die der Lehrbetriebe um 8% zurückgegangen ist. Bereits für drei Viertel der nö. Betriebe wurde der Mangel an Fachkräften zum Problem. „Angehende Lehrlinge wollen wir deshalb schon frühzeitig vor ihrer endgültigen Berufsorientierung ansprechen“, betont Schrittwieser. Denn dass man auch vom Bezirk Korneuburg aus den Weltmarkt erobern kann, beweist mit drei Sparten des Maschinenbaues die Gesellschaft für Schleiftechnik (GST) in Sierndorf. Das sind Reparaturen, Erneuerung und Modernisierung von Maschinen sowie die Entwicklung neuer Schleifmaschinen und Sonderanfertigungen. „Von den neuen Getriebewellen-Schleifmaschinen zur Komplett-Bearbeitung von Werkstücken haben wir bereits 17 Maschinen ausgeliefert, einige davon sogar nach China“, berichtet GST-Geschäftsführer Franz Hein.

Mit ihren 52 Beschäftigten erwirtschaftet GST einen Jahresumsatz von rund sieben Mio Euro. Davon entfallen 90% auf den Export, hauptsächlich in EU-Länder. Große Kunden des Sierndorfer Unternehmens sind vor allem Autokonzerne wie VW, Audi, Opel und Daimler, weiters die voestalpine, Schoeller-Bleckmann, Xylem-Pumpen, Bosch, Böhler etc.

*www.gst.at*

### Vom Ausbluten Waldviertler Städte

Ein Problem nicht erst des Jahres 2012 ist die Bevölkerungsentwicklung der niederösterreichischen Städte, die immer stärker das Bild einer Zwei-Klassen-Gesellschaft zeichnet. Während die Stadtgemeinden im Wiener Umland fortlaufend Einwohner hinzugewinnen, müssen jene Städte, die in einer peripheren Region mit schlechter Verkehrsanbindung liegen, dramatische Bevölkerungsrückgänge hinnehmen.

### „Boom-Town“ Gänserndorf

Die Einwohnerzahl der Marchfelder Bezirkshauptstadt hat im Zeitraum von 2001 bis 2011 um beachtliche 28,1% zugelegt – im bundesweiten Vergleich bleibt dieser Anstieg unerreicht. Beachtliche Bevölkerungszuwächse konnten auch Vösendorf (+25,7) und Gerasdorf bei Wien (+23,4 %) verbuchen. Völlig anders hingegen verläuft die Entwicklung im oberen Waldviertel. Dort haben einige Städte jeden zehnten ihrer Einwohner verloren. Besonders stark ist der Bevölkerungsrückgang in Raabs/Thaya (-10,8), Litschau (-10,1) und Heidenreichstein (-10 %) ausgefallen.

### Positive Kräuter-Strategien

Dass man auch und gerade im Waldviertel innovative Ideen „überschaubar“ realisieren kann, beweist die Familie Zach auf ihrem Bauernhof in Schrems. Sie hat sich – inspiriert von Maria Treben sowie Pfarrer Karl Rauscher, dem Gründer des Vereins der Freunde der Heilkräuter aus Karlstein – daran gemacht, Kräuter zu sammeln. Und was einst mit dem kleinblütigen Weidenröschen begonnen hatte, gipfelt heute im Anbau von 50 verschiedenen Kräutern auf 10 ha, darunter Frauenmantel, Ysop, Labkraut, Wermut, Goldrute und Honigklee. In zwei Folientunneln werden Anfang März die Jungpflanzen selbst gezogen und im Mai ausgepflanzt, berichten Karl und Elisabeth Zach. Die 2003 errichtete Trocknungsanlage wird mit Hackschnitzeln aus dem eigenen Wald betrieben. 25 verschiedene Teemischungen, Gewürze, Kräuterkissen und Duftkissen werden am kontrollierten biologischen Hof versandfertig verpackt.

„Größter Abnehmer der Kräuter war von Anbeginn an die Firma Sonnentor“, verrät Elisabeth Zach. „Für ein Schweizer Pharmaunternehmen machen wir einen Vertragsanbau mit dem Kleinblütigen Weidenröschen.“ So verlassen jährlich rund elf Tonnen Kräuter, ausschließlich von Hand abgepackt, den Waldviertler Kräuterhof, der Mitglied des Verbandes Bio-Ernte-Austria ist.

*www.kraeuterhof-zach.at*

### Erfolg auf Heu gebettet

Dass sich schlaue Ideen für Landwirte bezahlt machen, zeigt auch das Beispiel der Familie Haselböck aus Münichreith bei Maria Taferl. Seit mittlerweile 14 Jahren produzieren Manfred und Heidemarie Haselböck gemeinsam mit Sohn Fredi die Original Waldviertler Heuunterbetten. „Wir haben das alte Wissen um das Naturheilmittel Heu neu entdeckt und begannen es zunächst für uns selbst umzusetzen. Doch schon bald sprach sich das herum, mit dem Ergebnis, dass die ersten Aufträge ins Haus flatterten“, erzählt Heidemarie Haselböck. Kurzer Hand haben die beiden Landwirte den ehemaligen Kuhstall zur gemütlichen Werkstatt umfunktioniert. Das Ausgangsmaterial für ihr Produkt finden sie vor der eigenen Haustür, auf 13 ha naturbelassenen Wiesen. „Heuunterbetten sind Matratzenauflagen. In extra fein gewebten Baumwollstoff werden Grummet – so nennt sich der zweite Heuschnitt –, verschiedene Kräutermischungen sowie Schafwollvlies eingenäht und in Kammern abgesteppt“, sagt Frau Haselböck. Das Geheimnis ist der zweite Heuschnitt, der wertvolle Gräser und Kräuter enthält. Die Füllung besteht aus Kräuterzusätzen, wie etwa Hopfen, Minze, Melisse, Kamille, Lavendel, Arnika, Rosmarin oder Frauenmantel.

Ganz neu im Sortiment ist heuer das Heuunterbett Rose, speziell für Frauen. Gefüllt mit Frauenmantel, Passionsblume, Salbei, Hopfen, Rosenblütenblättern, Lavendel, Ringelblume und Ginkgo lindert es Frauenbeschwerden. Sämtliche Heuunterbetten sind sowohl für den Sommer als auch für den Winter geeignet, sie sind luftdurchlässig, atmungsaktiv und temperaturausgleichend. Die Wirkung von Heu wird schon in alten Überlieferungen empfohlen und ist auch aus der Naturmedizin bestens bekannt. Vor allem bei Schlafstörungen, Wechsel- und Gelenksbeschwerden, Verspannungen im Nacken- und Schulterbereich sowie bei Nerven- und Muskelschmerzen, Kopfschmerzen und Schnarchen kommt das Waldviertler Heuunterbett zum Einsatz. Aber auch zum Stressabbau und bei hyperaktiven Kindern soll es geeignet sein.

*www.heuunterbetten.at*

### Korneuburger Biogas-Pionier startet weltweit durch

Die auf gastechnische Produkte und Biogasanlagen spezialisierte Korneuburger Gastechnik Himmel GmbH hat gemeinsam mit dem deutschen Faserhersteller Evonik Fibres ein Verfahren entwickelt, mit dem man Biogas auf Erdgasqualität aufbereiten und in Erdgasleitungen einspeisen kann. Nach dem Bau einer Versuchsanlage hat Heinz Himmel eine zweite Firma gegründet. „Ziel unseres neuen Unternehmens ist es, Gasaufbereitungsanlagen zu produzieren und zu vermarkten. Die erste Anlage ist derzeit im Bau und wird im August an einen deutschen Kunden ausgeliefert.“ Die Gastechnik Himmel GmbH wurde im Juli 2008 gegründet. Damals auf einem Viertel der derzeitigen Fläche und mit acht Mitarbeitern, heute sind es 30 Beschäftigte. „Wir sind in einem ständigen Wachstum“, erklärt Himmel. „Die Produktionsfläche wurde bereits zum dritten Mal vergrößert, und der Mitarbeiterstand wird laufend mit hoch qualifiziertem Personal erweitert.“ *www.gt-himmel.com*

### Maßmöbel aus Teilstücken

Einen besonderen Service bietet die Firma Maßmöbel Stöckl in Korneuburg mit dem Zusammenbau und der Montage jeder Art von Möbeln an. Von jedem, der einmal versucht hat, aus großen und kleinen Einzelteilen ein Möbelstück selber zu bauen, wird dieser Dienst gern in Anspruch genommen. „Der Schwerpunkt unserer Arbeit sind jedoch Planung, Verkauf und Montage von Möbeln, die freilich nicht von uns sein müssen. Wir bauen und montieren alles, egal von welchem Hersteller“, erklärt Firmenchef Alexander Stöckl. Mit zwei Monteuren übernimmt Maßmöbel Stöckl auch Aufträge für Um- und Einbauten von Möbeln und Türen, Reparaturen, Möbel-Übersiedlungen und Fußbodenverlegungen. Auftraggeber sind zu 99% Stammkunden aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. Als ausschlaggebend für den Erfolg bezeichnet der Unternehmer die Betreuung und die Arbeit für die Kunden auch nach 20 Uhr.

*www.stoeckl-moebel.at*

### Ehre, wem Ehre gebührt

Natürlich täte sich auch Lexpress schwer, diesen Artikel ohne Hinweis auf die ecoplus-Aktivitäten zu realisieren. Konkret konnten vor kurzem zwei Neuansiedlungen im Wirtschaftspark in Wolkersdorf verzeichnet werden. Knapp ein Jahr nach der Spatenstichfeier wurde die neue Firmenzentrale der Materialprüfanstalt HARTL GmbH eröffnet, die von Seyring hierher übersiedelt ist. Das Unternehmen ist Spezialist bei der Prüfung und Überwachung von Baustoffen. „Zu unseren Aufgabengebieten zählen neben Beton- und Bauwerksprüfungen (zB Tunnel und Brücken) auch Prüfungen im Erdbau, am Asphalt, an Bindemitteln wie Zement und Zusatzstoffen, Betonzusatzmitteln, Mörteln, Putzen, Betonsteinwaren etc.“, erklärt GF DI (FH) Reinhard Pamminger.

Der neue Firmenstandort wurde aufgrund des Wachstums des Unternehmens notwendig. Der Neubau der Firmenzentrale umfasst ein Bürogebäude und eine Laborhalle. „In Wolkersdorf haben wir eine neue Asphaltprüfabteilung errichtet und außerdem das Angebot im Bereich Umweltchemie und Mauerwerksanalyse erweitert“, sagt Pamminger.

Das zweite aktuelle Beispiel hat gar aus Deutschland den Weg nach Wolkersdorf gefunden. Das Traditionsunternehmen Niedax hat hier seine neue Österreich-Zentrale errichtet. Mit mehr als 32.000 Artikeln bietet die Niedax Group alles, was für die moderne, zukunftsweisende Elektroinstallation benötigt wird. Produkte von Niedax werden zB bei diversen europäischen Tunnelbauprojekten, der WU Wien, bei Neubauten der Wiener U-Bahn oder des Wiener Hauptbahnhofs eingesetzt. Auch viele internationale Projekte wie zB Audi AG in Neckarsulm, Osram in Berlin, Iron Steel in Saudi Arabien, IKEA Moskau, etc. werden von der Österreich-Zentrale über den österreichischen Elektrogroßhandel sowie Elektroinstallateure abgewickelt. Insgesamt investieren ecoplus und Niedax ca 3,7 Mio Euro in den neuen Standort. „Wir planen die Fertigstellung des Gebäudes, in dem rund 20 Mitarbeiter ihre neue Arbeitsstätte finden werden, im Spätherbst 2012“, erklärt der Niederlassungsleiter von Niedax Österreich, Alfred Skaral.

*(pj)*

Foto: ecoplus

*(v.l.) ecoplus-GF Mag. Helmut Miernicki, Wirtschaftslandesrätin Dr. Petra Bohuslav, Bürgermeisterin Steindl und Niederlassungsleiter Niedax Österreich Alfred Skaral*